Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. 1919-1930

1926

52 (20.7.1926)

Visual Library

Amtliche Berichte
über die
Verhandlungen des Badischen Landtags.

52. Sitzung.

Dienstag, den 20. Juli 1926, vormittags 1/2 10 Uhr.

Tagesordnung:

Mitteilung der Eingänge. Sodann

Fortsetzung der Beratung der Tagesordnung der 51. Sitzung.

Am Regierungstisch: Staatspräsident Justizminister **Trunk**, Minister des Innern und des Kultus und Unterrichts **Remmele**, Finanzminister Dr. **Köhler**.

Inhaltsverzeichnis:

Siehe Schluß des Amtl. Berichts Sp. 2607/2608.

Präsident Dr. **Baumgartner** eröffnet die Sitzung nach 10¼ Uhr und gibt folgende

Eingänge

bekannt:

I. **Verhinderungsanzeigen**

liegen vor seitens der Abg. Bock, Brixner, Habermehl, Maier-Heidelberg und Marum, der Abg. Frau Rigel wegen Erkrankung, seitens des Abg. Büchner wegen geschäftlicher Verhinderung.

II. **Gesuche:**

1. des Steuererhebers a. D. und Schwerkriegsbeschädigten A. Wöppel in Dittigheim um Zusatzrente,
2. des F. Schweizer in Weinheim, Errichtung eines Reichsehrenmals auf dem Königstuhl.
3. des Dr. Arnold Ruge in München, Behandlung seines Gesuches an den Landtag um Rechtshilfe.

Die Gesuche 1 und 3 werden dem Ausschuß für Gesuche und Beschwerden zugewiesen.

Gesuch 2 geht an den Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung.

Zur Geschäftsordnung erhält das Wort

Abg. Dr. **Schofer** (Zentr.):

Ich glaube, es wäre an der Zeit, daß wir aussprechen: Was jetzt noch an Gesuchen eingeht, kann nicht mehr behandelt werden. Noch jedesmal haben wir es auch auf früheren Landtagen so gehalten, daß wir in einem bestimmten Stadium unserer Arbeit — wenn es gegen das Ende zuging — hier öffentlich aussprachen, es könne dasjenige, was jetzt noch an Gesuchen einläuft, keinen Anspruch auf Behandlung mehr erheben.

Wie gesagt, ich glaube, es wäre an der Zeit, daß wir diesen Termin mindestens ins Auge fassen.

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Es wird vorgeschlagen, daß die jetzt eingehenden Gesuche nicht mehr in dieser Session behandelt werden. Erhebt sich gegen diesen Vorschlag Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Ich werde also sämtliche eingehenden Gesuche ohne weiteres auf die neue Landtagssession übertragen.

III. **Sonstiges:**

Der Präsident gibt bekannt, daß er dem Wirklichen Geheimerat Dr. Lewald, der früher Mitglied der Ersten Kammer war, zum achtzigsten Geburtstag namens des badischen Landtags die Glückwünsche ausgesprochen und dabei das Einverständnis des Hauses vorausgesetzt hat. Ein Dankschreiben des Jubilars bringt der Präsident dem Hause zur Kenntnis.

Zur Geschäftsordnung erhält das Wort

Abg. **Schneider** (Zentr.):

Der Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung erhielt gestern ein Gesuch überwiesen in Betreff des Ehrendenkmals. Vorhin erfahre ich, daß heute ein gleichlautendes Gesuch von anderer Seite gekommen sei. Es dürfte sich vielleicht empfeh-

Bild.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Schneider** [Zentr.])

len, daß uns auch dieses noch überwiesen wird; denn, wie ich durch die kurze Mitteilung erfahre, liegt uns das heute eingekommene vielleicht eigentlich noch näher, als das gestern eingekommene. Um die beiden Gesuche gleichmäßig behandeln zu können, könnte man vielleicht von dem vorhin gefaßten Beschluß eine Ausnahme machen und dieses Gesuch noch dem Rechtspflegeausschuß zur Behandlung überweisen.

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Das ist das Gesuch des F. Schweizer in Weinheim, Errichtung des Reichsehrenmals auf dem Königsstuhl. Sie sind einverstanden, daß das Gesuch noch an den Rechtspflegeausschuß geht. Widerspruch erhebt sich nicht, es ist so beschlossen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Ziffer II der Tagesordnung der 51. Sitzung

Beratung des Staatsvoranschlags für die Rechnungsjahre 1926/27, Hauptabteilung II, Staatsministerium.

In der allgemeinen Beratung erhalten das Wort

Abg. **Rückert** (Sozdem.):

Der Herr Koll. D. Mayer hat gestern einige Fragen behandelt, die zum Teil von uns unterstützt werden; zum Teil können wir seine Auffassung nicht teilen.

Ich will eine Frage herausgreifen, die wohl in allen Fraktionen in den letzten Tagen besprochen worden ist; das ist die Frage der Verteilung der Arbeit auf die verschiedenen Ausschüsse. Ich gestehe ganz offen, daß auch in meiner Fraktion das Urteil über die Art, wie wir in den letzten Monaten die Geschäfte erledigt haben, durchaus geteilt ist. Man ist auch in meiner Fraktion der Meinung, daß die Arbeiten nicht nahezu alle vom Haushaltsausschuß allein erledigt werden dürfen, sondern daß künftig eine gewisse Verteilung stattfinden müsse. Es ist in der Tat so, daß, wenn der Haushaltsausschuß alle wesentlichen und wichtigsten Arbeiten allein erledigt, ein großer Teil der übrigen Mitglieder dieses Hauses von den wesentlichen und wichtigen Arbeiten so gut wie ausgeschlossen wird. Wer den Verhandlungen des Haushaltsausschusses nicht dauernd anwohnen kann, für den ist es kaum möglich, sich in so wichtige Materien, wie etwa die Steuergesetze, so gründlich einzuarbeiten, daß er auch draußen Rede und Antwort stehen kann. — Aber es kommt noch etwas anders hinzu: Der Haushaltsausschuß hat den überwiegenden Teil der Zeit für sich allein beansprucht, die übrigen Mitglieder haben in der Zwischenzeit kaum an den Beratungen des Landtages teilnehmen können: ein Zustand, wie wir ihn, glaube ich, für die Zukunft beseitigen müssen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten); es sei, daß wir den bestehenden Kommissionen — ich denke da insbesondere an den Rechtspflegeausschuß — die eine und die andere Arbeit, die bisher der Haushaltsausschuß erledigt hat, überweisen, sei es an einen anderen Ausschuß. Wenn es auf diese Art und Weise geschieht, dann werden wir die Arbeiten dieses Hauses auch fördern können. — Wir haben zwar jedes Jahr am Schlusse ähnlichen Erwägungen Raum gegeben; aber wenn wir zur praktischen Betätigung gekommen sind, dann ist es das eine wie das andere Jahr nicht nur Juli, sondern August geworden, bis wir die Arbeiten hier haben zu Ende führen können. Insoweit also muß ich, auch im Namen meiner Fraktion, den Ausführungen des Herrn Kollegen D. Mayer recht geben.

Ich will, um über unsere Meinung in der Fraktion hier keine Unklarheit walten zu lassen, auch erklären, daß wir selbstverständlich mit dem Herrn Kollegen D. Mayer der Meinung sind, daß nicht der Haushaltsausschuß, sondern der Landtag die letzte Instanz sein muß. Hier haben in letzter Linie die Entscheidungen zu fallen. Die Sozialdemokratie, nicht nur hier, sondern auch in allen anderen Parlamenten, ist der Auffassung, daß die Parlamente, und nur sie, die wichtigsten Entscheidungen zu fällen haben. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß die Verhältnisse doch nicht mehr ganz so sind, wie im Frieden. Im Frieden stand oft der ganze Landtag auf der einen Seite und die vom Landtag unabhängige Regierung auf der anderen. Auch in unserem Lande, und nicht nur in bewegten Zeiten, wie vor 1848, sondern auch nachher noch, manchmal kam es oft vor, daß der Landtag in gewissen politischen oder wirtschaftlichen Fragen geschlossen eine Meinung äußerte, welche die Regierung auf der anderen Seite nicht teilte. Derartige Konflikte sind im parlamentarischen System wohl im allgemeinen ausgeschlossen, weil die Regierung immer getragen wird von der Mehrheit der Abgeordneten. Und wenn deshalb die Tage, welche wir hier im Plenum beieinander sind, sich verringert haben, so ist es aus diesen Verhältnissen, aus der Neuordnung der Dinge verständlich.

Dann hat der Herr Kollege D. Mayer angeregt, man möge die Staatsvereinfachung noch dadurch weitertreiben, daß man an Stelle der jetzt bestehenden vier Ministerien nur drei bilde. Es wird Ihnen bekannt sein, Herr Kollege D. Mayer, daß auch Bestrebungen im Gange sind — oder ich will mich so ausdrücken: daß da und dort auch Äußerungen gefallen sind, die fünf Ministerien wieder herzustellen. Wenn man also auf der einen Seite fünf wünscht und auf der anderen Seite drei, dann wird es zurzeit wohl am zweckmäßigsten sein, wenn man den bekannten goldenen Mittelweg geht (Heiterkeit) und es vorerst einmal bei vier beläßt. Es scheint mir, ganz abgesehen davon, daß ich bei sachlicher Betrachtung der Dinge zunächst eine Änderung nicht wünschen kann, zurzeit auch aus politischen Gründen erwünscht, daß wir den Zustand, wie er jetzt ist, beibehalten.

Wenn ich also auch in manchen Dingen mit Ihnen übereinstimme, so kann ich doch dem nicht zustimmen, was Sie am Anfang Ihrer Ausführungen dargelegt haben. Sie sagten etwa, dem Sinne nach: Es wirft ein bedenkliches Licht auf die Situation, daß das Finanzgesetz noch nicht vorliegt. Ich kann mich erinnern, daß dies nicht nur im Frieden, sondern oft auch in den letzten Jahren so war. Das Finanzgesetz vorzulegen in einem Zeitpunkt, wo der Haushaltsausschuß mit seinen Arbeiten noch nicht zu Ende ist, ist wohl ein Kunststück (Sehr richtig! beim Zentrum). Vor einer Viertelstunde hat der Haushaltsausschuß die letzten Positionen beschlossen, es ist deshalb der Regierung gar nicht möglich gewesen, ein endgültiges Finanzgesetz vorzulegen. Und einen Zustand, bei welchem zwar das Finanzgesetz vorgelegt, aber alle Viertelstunde abgeändert wird, können wir, glaube ich, nicht wünschen. Aber soweit sind wir doch — ich kann das wenigstens von den Mitgliedern des Haushaltsausschusses sagen — unterrichtet, daß das, wenn auch nach langer Mühe und großer Arbeit, möglich war, den Voranschlag so zu balancieren, daß er nur mit einem normalen Defizit abschließt. Ich sage: Mit einem normalen Defizit, weil nicht nur in den letzten Jahren, sondern auch im Frieden immer noch ein Defizit von einigen Millionen vorhanden war. Ein Voranschlag, der in die Hunderte von Millionen geht, kann nicht bis auf die letzte Mark und den letzten Pfennig ausbilanziert werden; aber so,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Rückert [Sozdem.])

wie er uns jetzt vorliegt, wenigstens vorliegt nach dem mündlichen Vortrag des Herrn Finanzministers, sehen wir, daß alle Staatsaufgaben erfüllt werden können, ohne daß es auf der anderen Seite notwendig ist, die Steuern zu erhöhen. Und das ist ein erfreulicher Zustand. Der Betrag, der jetzt als Fehlbetrag noch vorhanden ist, scheint zur Beunruhigung keine Ursache abzugeben. Man muß ja dabei auch noch berücksichtigen, daß die absoluten Zahlen mit denjenigen des Friedens nicht ganz verglichen werden können. Drei Millionen jetzt, sind keine drei Millionen im Frieden, sondern wir müssen dabei die Geldentwertung berücksichtigen. Berücksichtigen wir das — und das müssen wir bei einer objektiven Betrachtung —, dann haben wir alle Ursache, mit den Verhältnissen zufrieden zu sein.

Man muß, wenn man an diesen Voranschlag herangeht, aber vor allen Dingen eines beachten, nämlich die ungeheueren sozialen Aufwendungen, die der neue Staat zu erfüllen hat. Wenn ich hier vom neuen Staat rede, so will ich gleich vorwegnehmen, daß ich mich durchaus nicht in allen Teilen abfällig über den alten Staat in dieser Hinsicht äußern möchte. Es wäre töricht, zu sagen, daß der alte Staat in sozialer Hinsicht nichts getan hätte. Deutschland hat, gemessen an anderen Ländern, auch im Frieden in bezug auf die Sozialpolitik manches getan. Ich erinnere an die Krankenversicherung, an die Unfallversicherung, an die Invaliditätsversicherung usw.; aber der alte Staat ist an eine Frage nicht herangetreten, er hat eines der schwierigsten Probleme, nämlich das Problem der Arbeitslosigkeit, nicht in Angriff genommen. Weder das Reich noch die Länder haben auch nur das geringste getan, um die Not der Arbeitslosigkeit, die auch schon im Frieden bestand, zu lindern. Das einzige, was man in der Geschichte des Deutschen Reiches darüber gefunden hat, war einmal eine Darlegung des Reichskanzlers Bismarck, der in den 80er Jahren von dem Recht auf Arbeit sprach. Diesen Worten aber sind Taten nicht gefolgt. Lediglich ein paar Jahre vor dem Kriege sind einzelne Städte dazu übergegangen, Unterstützungen an gewerkschaftlich organisierte Arbeitslose zu gewähren.

Die Frage der Arbeitslosigkeit ist aber nicht nur eine soziale, sie ist es zwar in erster Linie; wir haben aber bei den Beratungen über diesen Voranschlag ersehen müssen, daß sie auch eine Finanzfrage für die Länder geworden ist, und darum möchte ich auch an dieser Stelle aus sozialen, aber auch aus finanziellen Gründen an die Regierung die Bitte richten, daß sie ihren ganzen Einfluß bei der Reichsregierung aufbietet, damit endlich einmal das Arbeitslosenversicherungsgesetz im Reichstage durchgeführt wird. Wenn wir von unserer Seite einen so großen Wert darauf legen, daß endlich das Arbeitslosenversicherungsgesetz kommt, so auch deshalb, weil wir von dem jetzigen Fürsorgecharakter wegkommen wollen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen jetzt in ganz erheblichem Umfang Beiträge; 3 Proz. des Lohnes oder Gehalts werden dafür aufgewendet, und trotzdem sind die Unterstützungen nur Fürsorgeunterstützungen. Man muß also auch hier wie bei der übrigen Sozialversicherung endlich zur Versicherung kommen.

Wenn ich bei dem Problem der Erwerbslosen bin — ich will darüber keine längeren Ausführungen machen, das werden meine Kollegen bei der Einzelberatung tun —, so will ich doch auch mit einem Satze sagen, daß wir alle die Bestrebungen der Regierung, Arbeit zu beschaffen, unterstützen. Das Primäre bei dieser Frage ist nicht Unterstützung, sondern Arbeit. Wir unterstützen deshalb und begrüßen das Programm der Reichsregierung, wir unterstützen und begrüßen auch die Bestrebungen der badischen Regierung, durch Notstandsarbeiten aller Art Arbeit zu schaffen, die Arbeitslosen von der Straße wegzubekommen und sie wieder einzufügen in die menschliche Gesellschaft.

Der vorliegende Staatsvoranschlag ist der zweite seit der Stabilisierung der Währung. Ich will mir im gegenwärtigen Augenblick über die Stabilität der Währung ein Urteil ersparen; aber soviel muß man doch sagen: Wenn wir auf Grund einer stabilen Währung einen zweiten Voranschlag heute beraten können, so nur deshalb, weil die Außenpolitik, die auch meine Partei unterstützt hat, sich als richtig erwiesen hat. Ich meine das Dawesabkommen, ich meine den Londoner Vertrag. Ohne jene entscheidende Wendung in der Außenpolitik wäre es nicht möglich gewesen, die Stabilität der Währung zu erreichen und aufrechtzuerhalten, wäre es auch nicht möglich gewesen, diesen Etat vorzulegen. Die Grundlagen, die dort geschaffen worden sind, waren die der Stetigkeit, und ohne Stetigkeit gibt es keine gesicherte staatliche Entwicklung. Wir brauchen ja nur hinüberzuschauen nach Frankreich und Belgien, um zu sehen, welch gewaltige Kämpfe jene Völker heute um die Stabilität ihrer Währung führen müssen, um noch einmal die ganze Größe dessen, was wir erlebt haben, zu ermessen, und um daran auch zu sehen, daß die Außenpolitik, die vor zwei Jahren von der Mehrheit des Reichstags gebilligt worden ist, die richtige war (Zurufe: Sehr richtig!). Gewiß, auch diese Politik hat Opfer gefordert. Der Herr Kollege D. Mayer hat gestern in sehr lebhaften Worten darauf hingewiesen; aber die Opfer, die das deutsche Volk jetzt in der Stetigkeit zu bringen hat, sind viel geringer als die Opfer, die wir während der Zeit der Inflation haben bringen müssen. Jetzt ist es möglich, wieder aufzubauen, was in jenen schwierigen Zeiten niedergerissen worden ist, und es ist immer besser, mit Opfern aufzubauen, als ohne Opfer alles zu opfern. Darum scheint — und das muß ich gegenüber den Ausführungen des Herrn Kollegen D. Mayer auch noch einmal betonen —, darum scheint uns die Politik der Verständigung die richtige zu sein, und wir wünschen nur, daß die Politik, die von London aus über Locarno führt, fortgesetzt wird auf allen Gebieten. Aus diesem Grunde begrüßen wir auch den Freundschaftsvertrag mit Rußland. Eine Verständigung mit Rußland scheint uns im Interesse Deutschlands und seiner Länder und der ganzen Bevölkerung zu liegen. Wir billigen diesen Vertrag und wünschen, daß wir mit dem russischen Volke in Freundschaft leben können.

Damit haben wir über die innere Politik des Landes kein Urteil gefällt. Wenn wir aber mit unseren westlichen und östlichen Nachbarn im Frieden leben können, so verfolgen wir nichts anderes, als die Interessen der gesamten deutschen Bevölkerung wahrzunehmen. Nur die Stetigkeit in den Beziehungen zu den übrigen Völkern fördert den Wohlstand, begünstigt den Warenaustausch, vermindert die Arbeitslosigkeit und hebt die Konsumkraft und entlastet damit das öffentliche Budget. Die Unterstützungen aller Art vermindern sich, die Steuerbeträge können der Wirtschaft und den Steuerzahlern verbleiben, und es kann allmählich das, was in vielen Jahren verlorengegangen ist, wiedergewonnen werden. Ich bin mir klar darüber, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse trotz allem schon im Hinblick auf die schweren Opfer, die wir durch die genannten Verträge zu bringen haben — es wäre töricht, das abzustreiten — sich nur langsam und allmählich bessern können. Europa ist sich gegenseitig und im ganzen an Amerika verschuldet, und jedes Land will seine Schuld mit einer vermehrten Ausfuhr bezahlen. Kein Wunder, daß jede Volkswirtschaft in diesem Wettrennen auf eine andere stößt, und kein

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Rückert** [Sozdem.])

Wunder, wenn eine Konsolidierung der europäischen und der deutschen Wirtschaftsverhältnisse nur langsam sich vollziehen kann. Das Schlimmste ist bei dieser Unruhe und Unausgeglichenheit, daß eine Klasse in der Hauptsache die Kosten zu tragen hat, nämlich die Arbeiterklasse. Sie hat diese in erster Linie in Gestalt der Arbeitslosigkeit zu tragen. Nicht nur über Tage und Wochen, sondern über Monate und Jahre erstreckt sich die Arbeitslosigkeit in der jetzigen Zeit.

Wenn trotz aller Unausgeglichenheit in den politischen und ökonomischen Verhältnissen es dennoch gelungen ist, in Baden den Etat einigermaßen ins Gleichgewicht zu bringen, so glaube ich aussprechen zu können, daß wir Vertrauen zur Regierung haben dürfen.

Namens meiner Parteifreunde kann ich ausdrücklich erklären, daß wir hinter der Regierung stehen, und daß sie weiterhin unser Vertrauen genießt. Die Regierung hat zusammen mit den hinter ihr stehenden zwei Parteien nun seit einigen Monaten die Politik des Landes geführt und die Staatsaufgaben löst. Ich will nicht so weit gehen und sagen, daß die Opposition sich völlig abseits gestellt hat, ich will anerkennen, daß sie im Haushaltsausschuß — was ich als dessen Mitglied beurteilen kann — auch bei den einzelnen Aufgaben zweifellos mit gutem Willen mitgearbeitet hat. Aber die Endabstimmungen waren doch immer bei allen wichtigen Angelegenheiten nur so, daß man die Verantwortung der Zentrumspartei und der Sozialdemokratie allein überlassen hat. Ich erinnere an das Lehrerbildungsgesetz, ich erinnere an die Gebäudesondersteuer und an das Grund- und Gewerbesteuergesetz; alle diese wichtigen Aufgaben hat man der Sozialdemokratie und dem Zentrum allein in der letzten Entscheidung überlassen. Wenn in allen wichtigen Fragen die letzte Verantwortung immer abgelehnt wird, kann man die Staatsaufgaben nicht lösen, ja, ich gehe sogar so weit und sage, daß die Staatsaufgaben noch nicht einmal durch eine konsequente Stimmenthaltung erfüllt werden können und da bin ich eigentlich schon bei der Demokratischen Partei (Heiterkeit).

Als im letzten Jahre die Regierungsbildung vorgenommen wurde, waren wir Sozialdemokraten und, wie ich annehme, auch andere Leute, vielleicht die Demokraten selbst, der Meinung, daß dieser Zustand nur ein vorübergehender sei, wenigstens hat der Redner der Sozialdemokratie seinerzeit erklärt, daß die Türen offen stehen und daß die Möglichkeit bestehe, die alte Koalition, die sich bewährt habe, fortzusetzen, weil diese Koalition in schwerer Zeit zusammengehalten und den Staat an das rettende Ufer hinübergeführt habe. Aber es ist ja menschlich, wenn man irrt. Einen Irrtum einzugestehen, ist notwendig. Nun haben wir inzwischen von den Demokraten gehört, warum sie nicht in die Regierung eingetreten sind; beispielsweise hat ein sehr prominentes Mitglied der Demokratischen Partei irgendwo und irgendwann den schönen Satz niedergeschrieben, daß es einer Partei sehr guttun kann, sich einmal in der Oppositionsstellung zu erfrischen und zu erholen (Heiterkeit). Offenbar ist diese Erfrischung und Erholung den Demokraten sehr gut bekommen (Zuruf des Abg. Hofheinz), und deshalb ist dieser Zustand, weil er sehr bekömmlich ist, bis heute nicht geändert worden, und es ist niemand berechtigt, sie in dieser Auffassung zu stören (Erneute Heiterkeit). Herr Dr. Glockner bestätigt mir, daß dadurch ein Schaden nicht entsteht, und das ist in der badischen Politik das wesentlichste. Die Demokraten kommen aber nach meiner Auffassung in eine gewisse Gefahr, denn der Unterschied zwischen der Volkspartei und den Demokraten wird, wenn nicht die äußeren Zeichen trügen, immer geringer (Heiterkeit). Das physikalische Gesetz der Adhäsion findet also, scheint es, bei den Demokraten und der Volkspartei Anwendung. Es gibt zwar prominente demokratische Führer — im Augenblick kann ich mich nicht entsinnen, ob sie auch in Baden zu finden sind — die der Auffassung sind, daß die Demokraten andere Aufgaben hätten, als etwa immer, oder sehr oft, hinter dem Wagen der Volkspartei einherzugehen (Abg. Hofheinz: Wo haben Sie das gesehen? — Zuruf des Abg. Dr. Glockner). Herr Kollege Dr. Glockner, ich halte es für nötig, daß wir uns darüb sachlich und offen aussprechen. Ich glaube, es gibt auch innerhalb Ihrer Kreise und vielleicht innerhalb Badens Leute, die mir dabei nicht ganz unrecht geben. Ich hätte Sinn für die Stellung der Demokraten in der Opposition, wenn sie führend wäre, wenn aus der Erfrischung und Erholung für sie materiell eine Stärkung herauskäme, aber ich glaube nicht, daß die Demokraten in der Lage sind, den Volksparteilern in dieser Hinsicht den Rang abzulaufen, sondern ich bin überzeugt, daß, wenn wir in absehbarer Zeit Neuwahlen zum Badischen Landtag hätten, trotz der Oppositionsstellung der Demokraten und trotz der einjährigen Erholung und Erfrischung die Zahl der Mandate sich höchstwahrscheinlich nicht vermehren würden (Abg. Hofheinz: Schade!). Eine Erholung und eine Erfrischung hat natürlich nur dann einen Sinn, wenn man neugestärkt aus der Erholung und Erfrischung herauskommt. Wenn ich die Überzeugung nicht habe, daß ich aus der Erholung und Erfrischung gestärkt wieder nach Hause komme, gebe ich das viele Geld für den Erholungsurlaub nicht aus. Da will ich die Aufwendungen lieber für etwas anderes und Zweckmäßigeres anwenden. Es besteht aber noch eine andere Gefahr bei der Demokratischen Partei, nämlich, daß sie sich sehr leicht zwischen zwei Stühle setzen kann (Abg. Dr. Schofer: Das ist gefährlich!).

Es gibt nämlich sehr boshafte Leute im Lande Baden, die sind der Meinung, daß eigentlich die Demokraten ganz kluge Leute seien, denn sie würden folgendermaßen argumentieren: Jetzt lassen wir das Zentrum und die Sozialdemokratie alle Gesetze erledigen, die draußen unangenehm wirken könnten. Natürlich, wenn die Leute draußen Steuer zahlen müssen, werden sie über uns hier im Rondell nicht besonders erfreut sein. Ich möchte den Menschen sehen, der erfreut ist, wenn man ihm etwas wegnimmt. Also sagen die Demokraten: „Wir lassen jetzt einmal das Zentrum und die Sozialdemokratie die Steuergesetze machen, und den Staatsvoranschlag beschließen — wir wollen einmal sehen, wie Sie (zu den Demokraten gewendet) dabei stimmen werden, vielleicht bleibt es auch da bei der Stimmenthaltung — und wenn alle Arbeiten erledigt sind, werden wir sehen, ob die alte Dreieinigkeit im Lande Baden wieder hergestellt werden kann. Das scheint mir immerhin für die Demokraten eine Gefahr zu sein, auf die ich Sie hinweisen wollte. Sie brauchen diesen Hinweis natürlich nicht anzunehmen (Abg. Dr. Glockner: Danke sehr — Heiterkeit). Vielleicht — da kommt mir gerade ein Gedanke — findet, wenn wir jetzt wirklich in Urlaub gehen und uns alle erfrischen und erholen, der Führer der Demokraten in diesem Hohen Hause, der Herr Kollege Dr. Glockner, den ich wegen seiner ungeheuren Gesetzeskenntnis sehr schätze, während dieser Tage der Erholung und Erfrischung, die Paragraphen und die Absätze und die Ziffern, die besagen, wann, wo und wie die Demokraten wieder in die Regierung einzutreten haben (Heiterkeit — Abg. Dr. Schofer: Die Verordnung besteht noch nicht! — Abg. Dr. Glockner: Wir können sie formulieren! — Heiterkeit).

Da ich einmal einen guten Rat gegeben habe, will ich dem noch einen zweiten hinzufügen und Ihnen beim Aufsuchen dieses Paragraphen behilflich sein. Ich will dabei gar nicht

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Rückert [Sozdem.])

auf die Reichsverfassung verweisen, in unserer badischen Verfassung steht auch ein Paragraph, der, glaube ich, bei der Prüfung, welche Politik die Demokraten einschlagen wollen, nicht von unerheblicher Bedeutung ist. Es heißt: „Baden ist eine demokratische Republik". Dieser Satz genügt mir; ich glaube, die Absätze und Ziffern sind nicht nötig (Abg. Hofheinz: „Wir wissen sogar, daß es keine sozialdemokratische Republik ist!). Ich möchte in aller Kürze wiederholen, was wir im letzten Jahre gesagt haben und was unser Fraktionschef vor ein paar Wochen auf Aufforderung irgend einer Korrespondenz bestätigt hat, nämlich, daß trotz allem, was in der Zwischenzeit sich ereignet hat, wir auf dem Standpunkt stehen, daß die Weimarer Koalition das Natürliche wäre. Gerade für Baden kann gesagt werden, daß diese Koalition sieben Jahre lang in einer gemeinsamen Waffenbrüderschaft die schwere Zeit überwunden hat. Die gleiche Waffenbrüderschaft hat im Reich die neue Verfassung und damit das neue deutsche Vaterland aus der Taufe gehoben.

Einer Ihrer Herren, der im politischen Leben Badens immerhin eine Rolle spielte, hat sich in letzter Zeit verschiedentlich in Zeitungsartikeln und Reden geäußert. Auf einige Dinge will ich nicht eingehen, weil ich annehme, daß sie sich außerhalb dieses Hauses erledigen, wobei ich für die Kundigen hinzufüge, daß ich gewünscht hätte, daß sie sich bis zum heutigen Tage erledigt hätten (Abg. Dr. Glockner: Durch die Abwesenheit des Herrn nicht möglich!). Ich will darauf nicht eingehen, weil ich wünsche, daß sich in loyaler Weise, was notwendig ist, erledigt (Zurufe links).

Nun ist in den letzten Wochen manches darüber geschrieben worden, ob die Länder in der bisherigen Weise ihr staatliches Eigenleben führen sollen oder nicht. Die Frage des Föderalismus und des Zentralismus ist wieder aufgeworfen worden. Bei allen größeren Auseinandersetzungen hat diese Frage eine gewisse Rolle gespielt. Wir stehen hier im Gegensatz zu der Auffassung des Zentrums. Das Zentrum und wohl auch noch manche andere Partei steht auf dem Standpunkt des Föderalismus. Die Sozialdemokratie stand immer und steht noch in allen Teilen des Reiches auf dem Standpunkt des Zentralismus. Was wir in Deutschland brauchen, ist eine starke Zentralgewalt. Der Föderalismus ist teuer, er steht oft im umgekehrten Verhältnis zu den gegenwärtig notwendigen Bestrebungen nach Staatsvereinfachung und Ersparung von Mitteln. Solange wir jedoch den von uns erstrebten starken Zentralismus nicht haben, solange muß man sich mit den jetzigen Verhältnissen abfinden. Und da ist es ganz gleichgültig, ob die Herren, die jetzt das Staatsruder führen, Minister oder Staatssekretäre heißen. Es scheint mir zweckmäßiger zu sein, wenn man an dem historisch Gewordenen und Gegebenen festhält. Auch wenn man derart daran festhält — das haben Sie aus meinen Ausführungen bereits entnehmen können — kann man auf der anderen Seite doch wünschen, daß die Zentralgewalt immer stärker wird. Wird sie stärker, so wächst für diese die Verantwortung.

Ich bin allerdings der Meinung, daß die Zentralverwaltung nicht alles von oben herunter, ohne Rücksicht auf die einzelnen Länder diktieren kann, sondern, daß sie vernünftigerweise die einmal gegebenen Verhältnisse berücksichtigt. Ich kann mir sehr wohl eine starke Zentralgewalt denken, bei der auf ganz gewissen Gebieten, z. B. auf kulturellen, ein gewisses Eigenleben der Länder auch weiterhin aufrecht erhalten bleibt. Die Frage, die ich vorhin schon einmal kurz erwähnt habe, und die von der Demokratie angeschnitten worden ist, an Stelle 4 künftig wieder 5 Minister zu errichten, ist für uns nicht diskutierbar. Was einmal abgebaut ist, soll man nicht mehr aufbauen. Das Volk wird es nicht verstehen, wenn man lediglich Ministerien schafft, um allen Parteien, die an der Regierung teilnehmen wollen, einen Ministersessel zur Verfügung stellen zu können. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Man würde das auch im entferntesten Dorfe nicht verstehen, sondern würde über eine solche Politik des Landtags den Kopf schütteln. Deshalb ist die Frage nicht aktuell und — würde sie es aber werden —, nicht diskutierbar.

Solange die Verhältnisse so sind, wie jetzt, auf der einen Seite die Reichsregierung, und auf der anderen die Länderregierungen, jeweils mit bestimmten Aufgaben, solange wird man es bei dem gegenwärtigen Zustande belassen.

Vor allen Dingen möchten wir verhüten, daß etwa die Länderregierung so etwas wird wie ein Landesbürgerausschuß. Wir lehnen daher auch die in den erwähnten Artikeln ausgesprochene Entpolitisierung der Länder ab. Was wir in Deutschland brauchen, ist nicht weniger, sondern mehr Politik (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Das ist unrichtig!). Wir alle wissen doch, wie unpolitisch das deutsche Volk ist. Ich würde es begrüßen, wenn das deutsche Volk viel mehr Innen- und Außenpolitik treiben würde. Je mehr Politik, desto selbständiger wird der einzelne Wähler, desto klarer wird in politischen Dingen sein Urteil werden. Darum sind alle derartigen Artikel, glaube ich, lediglich akademisch zu betrachten; praktisch können wir damit nichts anfangen.

Nun habe ich schon gesagt, daß wir als das Vernünftigste und Zweckmäßigste die Weimarer Koalition halten. Daraus geht hervor, daß wir nach wie vor die große Koalition ablehnen. Niemand wird behaupten können, daß unsere Zuneigung zu den Liberalen in dem letzten halben Jahre gewachsen sei. Die Zuneigung der Liberalen zu uns wird wohl auch nicht gewachsen sein (Zuruf bei der deutschen Volkspartei: Nein!). Und um mit ihrem Herrn Parteiführer in Berlin, mit dem Herrn Scholz, zu reden, kann ich wörtlich sagen: Weder jetzt noch in absehbarer Zeit wird es der Fall sein, daß die Zuneigung zueinander eine größere wird (Abg. Dr. Schofer: Da müßt ihr Euch eben beide bessern!). Es gibt gewisse natürliche Gegensätze, die man mit so schönen Worten nicht aus der Welt schaffen kann (Zuruf des Abg. Dr. Schofer). Und der Gegensatz zwischen der liberalen Volkspartei im ganzen und der Sozialdemokratie ist ein natürlicher. Es ist eine gesunde Abneigung (Heiterkeit); denn der Liberalismus vertritt eine andere Auffassung vom Staat, wie wir sie vertreten (Abg. Dr. Schofer: Und im Großblock?). Es war eine Episode (Abg. Dr. Schofer: Eine Entgleisung!) eine notwendige zur Abwehr (Abg. Seubert: Ihr würdet es heute auch wieder machen, wenn Ihr könntet!). Herr Kollege Seubert, ich würde an Ihrer Stelle das nicht so laut sagen, denn solange wir jetzt miteinander Politik treiben, ist es nicht nötig, daß Sie den anderen einige Rosinen reichen (Heiterkeit — Zuruf vom Zentrum: Aber bis jetzt verstehen wir uns, Herr Kollege!).

Um daran aber noch ein Wort zu knüpfen, der Kollege Dr. Schofer hat schon mehr als einmal auf die politische Auffassung seines Vorgängers hingewiesen, daß es in der Politik niemals ein „Niemals" gebe. Wenn es in der Politik etwas Absolutes gibt, so scheint es mir das zu sein. Deshalb könnte ich mir auch einmal für die Zukunft, wenn die Notwendigkeiten es erfordern, etwa eine politische Kombination denken, von Müller bis Stresemann oder, wenn wir im eigenen Hause bleiben, etwa von Marum bis Mattes. Dazu sind aber doch einige Voraussetzungen nötig, nämlich die, daß die Volkspartei ein aufrichtiges Bekenntnis zur demokratischen Republik und seiner Flagge ablegt; denn solange gerade in diesen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Rückert** [Sozdem.])

wichtigen, primären, politischen Fragen die Gegensätze immer noch so aufeinander prallen, solange scheint mir eine Kombination von den Sozialdemokraten bis zu den deutschen Volksparteilern etwas Unnatürliches zu sein, und eine unnatürliche Verbindung soll nicht sittlich sein. Ich kann mir denken, daß eine unüberwindliche Abneigung von zweien, die sich zusammengeschlossen haben, selbst von bürgerlichen Gerichten als Scheidungsgrund anerkannt wird. Wenn aber der andere Teil sich so wandelt, daß man politische Geschäfte mit ihm machen kann, daß er sich also mit beiden Füßen und restlos auf dem Boden des neuen Staates stellt, und nicht nur aus Vernunftsgründen, sondern aus Überzeugungsgründen auf dem Boden der Demokratie und der Republik steht und seine Flagge anerkennt, dann wird, glaube ich, auch die Stunde im Reiche und in Baden schlagen, wo wir prüfen können, ob die gegenwärtige Basis verbreitert werden kann. Im übrigen aber glaube ich, daß der Liberalismus in Baden zu dem Einfluß, zu der Stellung und zu der politischen Macht, wie er sie jahrzehntelang gehabt hat, wohl nicht mehr kommen kann. Ich halte das nicht für wahrscheinlich. Ich will natürlich kein Prophet sein, komme aber zu dieser Auffassung, wenn ich die Dinge wirtschaftlicher und politischer Art abwäge. Die Idee des Liberalismus ist der Individualismus. Der Individualismus aber mußte der großen sozialen Idee der Gemeinschaft weichen. Das Erstarken der Arbeiterbewegung und der Sieg des demokratischen Gedankens läßt für die politische Entwicklung des Liberalismus bei uns und in anderen Ländern, wo einst einmal der Liberalismus tonangebend war, relativ nur geringen Raum. Es ist deshalb, glaube ich, für absehbare Zeit nicht absolut nötig, in Baden eine Koalition mit der liberalen Volkspartei zu bilden, weil andere Möglichkeiten gegeben sind.

Deshalb wiederhole ich im Auftrage meiner Fraktion noch einmal in aller Schärfe: Wir lehnen eine Kombination mit den Liberalen nicht für alle Zeiten ab, aber die Voraussetzung ist ein ehrliches Bekenntnis zum neuen Staat. Wir können nur mit Parteien zusammenarbeiten, die gewillt sind, ein offenes Bekenntnis zur Demokratie, zur Republik und zu dem sozialen Volksstaat abzulegen. Im übrigen: Die Zukunft gehört nicht dem Liberalismus, sondern dem Sozialismus. Das sehen wir nicht nur in unserem Lande und im Reiche, sondern auch im klassischen Lande des Liberalismus, in England. Auch dort geht langsam aber sicher der Liberalismus zugrunde, weil an dessen Stelle die soziale Demokratie tritt.

Wenn man alle Farben mischt, so soll weiß herauskommen (Zuruf rechts: Das ist Goethes, nicht Rückerts Farbenlehre!). Offenbar sind bei der Bürgerlichen Vereinigung noch nicht alle Farben vertreten, denn wenn sie alle vertreten wären, dann müßte eine klare, blendende Politik herauskommen (Zuruf rechts). Das ist aber bei Ihnen nicht der Fall. Ich will Ihnen aber doch noch ein paar freundliche Worte sagen, weil ich das für notwendig halte. Zweifellos war es für den Landtag und für das Land kein Schaden, daß der Landbund sowohl als der Hausbesitz unter eine gewisse politische Führung kamen (Sehr richtig! rechts). Herr D. Mayer-Karlsruhe, nehmen Sie das meinetwegen als ein Kompliment (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Aber wichtiger ist es immerhin, als daß meine Freunde es sagen).

Im beschränkten Sinne wirtschaftliche Parteien — solche, die nur einen Ausschnitt des wirtschaftlichen Lebens behandeln — halte ich nach wie vor für eine Gefahr. Man kann eben nicht lediglich Hausbesitzerpolitik treiben! und man kann eben nicht ausschließlich Landbundpolitik betreiben — sondern, wenn man einmal einem politischen Parlament angehört (Lebhafte Zurufe aus der Bürgerlichen Vereinigung, insbesondere von Abg. Klaiber: Was haben denn Sie früher getrieben?), so muß man eben „Politik" im richtig verstandenen Sinne treiben (Zuruf des Abg. Weißmann — Gegenzuruf aus der Bürgerlichen Vereinigung: Gelt, Arbeiterpolitik muß man treiben!).

Herr Dr. Klaiber — (Heiterkeit) nun was nicht ist, kann ja noch werden! — Herr Doktor (Erneute Heiterkeit — Zuruf vom Zentrum: Aber hier kann er es nicht werden! — Weiterer Zuruf: Vielleicht in Freiburg? — Zuruf links: Glaubt der es womöglich sicher?) — Herr Kollege Klaiber, die Sozialdemokratie hat niemals ausschließlich Arbeiterpolitik getrieben (Lebhafter Widerspruch aus der Bürgerlichen Vereinigung, besonders von seiten der Abg. Klaiber und von Au). Nein! (Rufe aus der Bürgerlichen Vereinigung: Freilich hat sie!). Sie hat nur in sozialen Dingen (Auf erneute Unterbrechung durch Zurufe aus der Bürgerlichen Vereinigung:) Meine Herren, der Herr Kollege Klaiber ist ja der Sozialdemokratie früher näher gestanden (Hört! Hört!), natürlich: er war ja Demokrat (Zuruf) und da müßte er eigentlich etwas mehr von ihr wissen, als er weiß (Abg. Klaiber: Ich weiß nur noch zu viel! — Heiterkeit — Gegenzuruf des Abg. Weißmann). Neulich einmal ist mir ein Sprichwort, das mir durch die Zähne schlüpfte, übel genommen worden; deshalb will ich ein boshaftes Sprichwort in diesem Augenblick nicht wiederholen (Zurufe der Abg. D. Mayer-Karlsruhe, von Au und Klaiber).

Die Sozialdemokratie hat früher in sozialen und wirtschaftlichen Dingen Arbeiterpolitik getrieben: das tut sie auch heute noch! Die Sozialdemokratie betrachtet sich als die große Bewegung zur Hebung des vierten Standes (Abg. Klaiber: Also!); darüber hinaus aber, Herr Abg. Klaiber, hat sie allgemeine Politik getrieben: Sie hat sich in einer Zeit schon um die Außenpolitik des Reiches gekümmert, wo die bürgerlichen Parteien des Reichstags diese Fragen nicht in demjenigen Ernste behandelt haben wie es im Interesse des Volkes gelegen wäre (Zuruf aus der Bürgerlichen Vereinigung: Darüber läßt sich streiten!). Ich erinnere nur an die großen außenpolitischen Reden, die der Senior unserer Partei, unser verstorbener Führer August Bebel, im Reichstag gehalten hat. Weiterhin hat aber die Sozialdemokratie sich auch um alle kulturellen und alle wirtschaftlichen Fragen gekümmert. Bei ihrer Größe hätte sie überhaupt gar nicht in der Weise vorgehen können, daß sie immer nur einen Ausschnitt unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens behandelt hätte. Von dem Tage an, da sie in den Norddeutschen Reichstag eingetreten ist, und weiterhin von dem Tage an, wo sie in den Reichstag Abgeordnete sandte, hat sie gegenüber den gesamten politischen Fragen in diesen Körperschaften jeweils mit aller Offenheit und aller Klarheit ihre Stellungnahme dargelegt (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Aber das alles nur als Ausfluß des Marxismus!).

Ich wiederhole noch einmal — und (zur Bürgerlichen Vereinigung gewendet:) Sie können ja zufrieden sein, wenn ich das sage —: Es ist viel zweckmäßiger, daß die zwei Hausbesitzer und die drei Landbündler unter eine gewisse politische Führung gekommen sind; wenigstens hat der scharfe Kampf um die Seele und um den Stimmzettel des Bauern doch etwas aufgehört — und das ist kein Schaden für unseren Landtag und für unser Volk.

Damit habe ich alles gesagt, was ich über die Bürgerliche Vereinigung sagen wollte (Heiterkeit); jetzt will ich nur, ent-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Rückert [Sozdem.])

sprechend ihrer Bedeutung, kurz auch ein Wort über die Kommunisten sagen (Heiterkeit und Zurufe). Ich habe vorhin von dem physikalischen Gesetz der Adhäsion gesprochen; obwohl es an und für sich im Wesen der politischen Dynamik zu liegen scheint, daß dieses physikalische Gesetz der Adhäsion im allgemeinen auf benachbarte Parteien Anwendung findet, so trifft es für uns und die Kommunisten auf keinen Fall zu (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: „Ausnahmen bestätigen die Regel!"). Aber immerhin muß man ehrlicherweise doch soviel sagen, daß auch die Kommunisten schon in sehr weitem Umfange „parlamentarisiert" sind (Zuruf aus der Bürgerlichen Vereinigung); wenn das so weitergeht, kommen sie mit der Zeit sicherlich noch um „einen rauf" (Heiterkeit) und rutschen so etwa zwischen die Demokraten und uns hinein (Erneute große Heiterkeit) — wenigstens bei uns in Baden! Mindestens kann ich aus dem Haushaltsausschuß ganz offen sagen — und das werden Sie bestätigen müssen! — daß wir dort bei Abstimmungen und bei mancher Rede schon oft gedacht haben: eigentlich ist der Vertreter der Kommunisten jetzt wieder ein bißchen weiter nach rechts gerutscht (Zuruf von der äußersten Linken) — und wenn die Kommunisten sich in dieser Weise weiter entwickeln, dann weiß man nicht, ob sie nicht am Schlusse, um die Farben voll zu machen, noch (zur Bürgerlichen Vereinigung) bei Ihnen landen werden (Heiterkeit — Zurufe von der Bürgerlichen Vereinigung — Abg. Lechleiter: Das wollen wir doch einmal abwarten! — Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Sehr wahrscheinlich ist es nicht!). Herr Kollege D. Mayer, wenn so waschechte Demokraten wie der Herr Abg. von Au und der Herr Klaiber allmählich immer mehr nach rechts „geschlittert" sind, um schließlich bei Ihnen zu landen — weil es zur Zeit rechts von Ihnen niemand gibt (Heiterkeit) — warum soll man dann nicht auch eine andere Gruppe, die an Zahl gleichfalls nicht viel größer ist als die Gruppe des Herrn Klaiber und des Herrn von Au, zu Ihnen kommen?! Zeigen doch die Tatsachen, daß Sie meistens zusammen abstimmen: Wenn Sie mit „ja" stimmen, dann stimmen diese Herren hier auch mit „ja"; wenn Sie mit „nein" stimmen, stimmen sie auch mit „nein". Wo ein so weitgehender Gleichklang vorhanden ist, soll man sich also doch wohl wieder an das Wort erinnern: In der Politik gibt es niemals ein „Niemals"! Und ich bin überzeugt, Herr Abg. D. Mayer, Sie würden auch noch die Kommunisten verdauen (Große Heiterkeit — Zuruf des Abg. D. Mayer-Karlsruhe — Weitere Zurufe aus der Bürgerlichen Vereinigung, unter anderem: Man freut sich über einen jeden, der sich bekehrt!).

Nun möchte ich noch an einen Satz erinnern, den ich schon im November hier ausgesprochen habe. Damals habe ich — (zur kommunistischen Fraktion gewendet:) unter Ihrem stürmischen Widerspruch — gesagt, daß die Kommunisten immer diejenige Politik machen, die in Moskau beschlossen wird (Zuruf des Abg. Lechleiter). Sie haben mich damals stürmisch unterbrochen. Ich habe dem Sinn nach weiter etwa folgendes ausgeführt: Was in Moskau produziert werde, wird auf Flaschen abgezogen und komme nach Deutschland, zunächst nach Berlin und von da aus werde es verteilt (Zuruf des Abg. Lechleiter).

Mich zu widerlegen, wird Ihnen heute schwer fallen (Abg. Lechleiter: Ausgeschlossen!). „Ausgeschlossen": Sie sind von den dreien ein ganz Ehrlicher (Heiterkeit) und geben wenigstens zu, was richtig ist (Zuruf des Abg. Lechleiter) — so fasse ich diesen Zwischenruf auf. In der Zwischenzeit hat sich dasjenige, was ich damals voraussagte, ereignet. Daß es einmal kommen werde, konnte man wissen; daß es aber so rasch kommen werde, konnte man nicht wissen. Denn in der Zwischenzeit hat Rußland — einmal durch die vielen Verträge, die es abschließt und sodann dadurch, daß es von Tag zu Tag mehr wieder in die Weltwirtschaft eingreifen muß — seine Wirtschaftspolitik — wenn man so sagen darf — noch weiter nach rechts gedreht, es ist deshalb zur Zeit in Moskau eine gemäßigte Richtung am Ruder: Darum werden von dort aus jetzt die verpfropften Flaschen mit gemäßigtem Inhalt in die Welt verschickt (Heiterkeit). Darum hat man auch die Häupter beseitigt, die noch vor einem Jahr alles zu sagen hatten, ja geradezu Halbgötter waren. Die Ruth Fischer und Maßlow sind heute „unten durch"; wer nicht Moskauer Meinung ist, wird, wie unzählige Ausschlüsse beweisen, aus der kommunistischen Partei hinausgeworfen. Die Verhältnisse haben sich geändert, eine andere gemäßigte Auffassung ist am Ruder. Ich möchte diese Entwicklung begrüßen: Es liegt zweifellos im Interesse der Gesamtpolitik unseres Volkes (Zuruf aus der Bürgerlichen Vereinigung: Und im Interesse von Ihnen!).

Und nun komme ich zu der Angelegenheit, von der ich vorhin schon einmal — ich glaube gegenüber dem Herrn Kollegen Dr. Glockner — gesagt habe: „Nur abwarten — ich komme auch darauf noch zu sprechen!"

Wenn man gegenüber einer Partei kein anderes Argument mehr anwenden kann, dann sagt man: „Ihr seid ganz im Schlepptau einer andern Partei." Das hat man gerade auch von der demokratischen Partei hören können — (auf Unterbrechung durch Zurufe aus der deutsch-demokratischen Fraktion:) Ich habe mich Ihnen gegenüber aber anders ausgedrückt (Zuruf von den Demokraten) — wie ich es gemeint habe, das wissen Sie dadurch, daß ich es gesagt habe; denn etwas anderes, als ich gesagt habe, hatte ich nicht gemeint (Heiterkeit).

Wenn man also kein anderes Argument mehr hat, dann erhebt man gegen uns den Vorwurf: „Ihr seid abhängig vom Zentrum!" Das sagt man offenbar deshalb, weil das Zentrum an Zahl größer ist. Wenn man diesen Gedanken konsequent durchdenkt, kommt man zu dem Schluß, daß dann die Demokraten sieben Jahre lang fürchterlich abhängig waren, denn sie waren an Zahl gegenüber dem Zentrum und der Sozialdemokratie verhältnismäßig klein (Zuruf von den Demokraten) und sind immer kleiner geworden, und haben deshalb nach Ihrer Auffassung überhaupt keine eigene Politik mehr treiben können (Zuruf von den Demokraten), sondern nur getan, was die anderen diktiert haben (Abg. Klaiber: Deshalb sind sie in Erholung! — Heiterkeit — Zuruf von den Demokraten: Genau wie Sie im Reich!). Der Herr Kollege Klaiber paßt also sehr scharf auf. Er hat einen Satz gebraucht, den nachher die Demokraten widerlegen können, wenn sie wollen (Zuruf von den Demokraten: Genau wie Sie im Reich!).

Ich möchte doch einmal, und zwar namens meiner Fraktion — bei der darüber Einstimmigkeit herrscht — mit aller Deutlichkeit folgendes sagen: Die Sozialdemokratie würde es ablehnen, von irgend jemanden Vorschriften zu empfangen (Abg. Dr. Schofer: Genau, wie das Zentrum auch!). Ich will das in aller Deutlichkeit sagen. Die Beschlüsse der sozialdemokratischen Fraktion werden unabhängig von irgendeiner anderen Partei gefaßt, auch unabhängig — ich will das Kind beim Namen nennen — von der Auffassung des Zentrums (Zurufe von der Bürgerlichen Vereinigung und des Abg. Seubert). Wenn das Zentrum der Sozialdemokratie zumuten würde, das oder jenes zu tun oder nicht zu tun, und wir

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Rückert** [Sozdem.])

wären nicht derselben sachlichen Auffassung, dann würden wir das ablehnen. Erst gestern haben wir hier eine Abstimmung vorgenommen, bei der das Zentrum anders gestimmt hat als wir. Wir haben auch heute früh wiederholt Abstimmungen im Haushaltsausschuß vorgenommen, bei welchen das Zentrum eine andere Auffassung hatte als wir. Der Herr Kollege Dr. Glockner als derzeitiger Vorsitzender des Haushaltsausschusses wird und muß das bestätigen.

Wir lehnen es ab, von irgend jemanden Weisungen zu empfangen, und man sollte endlich mit derartigem Gerede, bei welchem nichts dahinter steckt, Schluß machen! Das Zentrum hat auch noch gar nie versucht, uns zu beeinflussen (Sehr richtig! beim Zentrum) — das möchte ich auch feststellen — so wenig, wie wir den Versuch gemacht haben, dem Zentrum zu sagen: das muß unter allen Umständen so gemacht werden. Daneben besteht natürlich die politische Notwendigkeit, zusammenzuarbeiten, solange Zentrum und Sozialdemokratie miteinander die Regierung bilden und die Verantwortung vor dem Lande zu tragen haben.

Als die Demokraten in der Regierung waren, ist es nämlich genau so gemacht worden, wie jetzt, ganz genau so! (Zuruf von den Demokraten). Bei großen, wichtigen Fragen müssen die Regierungsparteien zusammentreten und müssen sich darüber klar werden: was ist möglich?, was ist erträglich?, was ist, ohne die grundsätzliche Auffassung einer Partei zu verletzen, möglich, gemeinsam und zusammen zu beschließen? Als es noch drei im Bunde waren, haben wir das mit dem Gebäudesondersteuergesetz ebenso gemacht. Wo es nur zwei im Bunde sind, machen wir es zu zweit; das ist doch ein offenes Geheimnis. Und wenn es einmal viere sind, dann werden es die viere machen. Vielleicht geht es dann schwieriger, denn je mehr Köpfe, desto mehr Sinn, desto mehr andere Auffassungen. Aber wenn die Parteien, die die Regierung bilden, zusammentreten und sich verständigen, so ist das etwas im politischen Leben ganz Selbstverständliches. Daß man daraus dann den Schluß zieht: Die einen machen immer, was die anderen haben wollen, das ist — nehmen Sie mir diesen harten Ausdruck nicht übel! — in der Tat töricht. Ich glaube mich in aller Deutlichkeit über diese Frage ausgesprochen zu haben. Wir hoffen, daß wir uns künftig gegen diesen Vorwurf nicht mehr zu wehren haben.

Ich komme zum Schluß und möchte nur noch einige wenige Fragen behandeln, die mir von Bedeutung erscheinen.

Es sind in den letzten Wochen ein paar Eingaben an den Landtag gekommen — im Umdruck haben das, glaube ich, alle Mitglieder des Hauses zugestellt bekommen —, worüber man Einiges sagen muß.

Die eine Eingabe kommt vom Badischen Städteverband, Badischen Städtebund, vom Verband badischer Gemeinden und vom Kreisvorort Karlsruhe namens der badischen Kreise, die Mitwirkung der Gemeinden bei der Gesetzgebung betr. Wir können diese Eingabe nicht unterstützen, wir werden sie ablehnen. Den Gemeinden ist nach § 20 der Verfassung die Möglichkeit gegeben, Wünsche und Ansichten zu äußern. Das Haus wird, wenn es irgendwie möglich ist, diese Wünsche erfüllen müssen. Dabei muß man aber von den Gemeinden verlangen, daß sie den Rahmen des rein Sachlichen nicht überschreiten. Bei der Gebäudesondersteuer habe ich die Empfindung gehabt, daß die Gemeinden hier manchmal etwas zu weit gegangen sind (Zwischenruf vom Zentrum). Das wird den Gemeinden nichts nützen (Zuruf des Abg. Dr. Glockner), das wird ihnen nichts nützen; sondern je sachlicher sie sind, desto stärker wird der Eindruck ihrer Argumente sein. Nachdem aber in der badischen Verfassung eine Regelung getroffen ist, sollte man, glaube ich, nicht noch nebenher einen Ausschuß bilden. Wir haben genügend Ausschüsse; ich glaube, es ist nicht nötig, daß wir zu denen, die wir haben, noch einen neuen hinzufügen.

Ganz ablehnend aber stehen wir gegenüber der Eingabe der Wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände, Abteilung Baden, der die Errichtung eines Badischen Landeswirtschaftsrates wünscht. Und wie wünschen sie den Landeswirtschaftsrat? Es sollen ihm angehören 20 Vertreter der Wirtschaft, 7 der Selbstverwaltungskörper und 6 der Arbeitnehmer. Daraus spricht ein antisozialer Geist, daraus ist ersichtlich, daß die 6 Arbeitnehmer nicht zur Wirtschaft gehören. Endlich soll man doch auch bei den Industrieführern und ihren Vertretern dazu kommen, unter „Wirtschaft" alle Teile, die in der Wirtschaft tätig sind, zu verstehen; und das sind auch die Arbeiter und die Angestellten, das sind die leitenden Beamten und die Unternehmer zu zählen; sie alle zusammen bilden erst die Wirtschaft (Sehr richtig! beim Zentrum). Wenn man aber wirklich einen Landeswirtschaftsrat wünscht, dann muß er wenigstens paritätisch zusammengesetzt sein, da kann man nicht 20 Industrielle auf die eine und 6 Arbeitnehmer auf die andere Seite setzen. Die letzteren wären ja von vornherein dazu verurteilt, immer in der Minderheit zu bleiben.

Es scheint mir aber nötig zu sein, daß wir, ehe wir an die Errichtung eines derartigen badischen Landeswirtschaftsrats herantreten, die Verheißungen der Reichsverfassung durchführen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Die Herren haben offenbar vergessen, daß sie heute schon Wirtschaftsvertretungen haben: Wir haben neben der Landwirtschaftskammer die Handwerkskammern und vor allen Dingen die Handelskammern; bei den letzteren sind keine Arbeitnehmer vertreten, die Herren sind unter sich und können beschließen, wie sie wollen. Was jetzt nötig ist, das ist, daß man auch eine öffentlich-rechtliche Einrichtung für die Arbeitnehmer schafft (Sehr richtig!). Sie haben ein Recht darauf, und wenn wir nicht bald von Reichs wegen diese Einrichtung bekommen, dann kann das zum Schaden für unser Volk sein. Wenn in der Weise, wie die Betriebsräte entstanden sind, das Mitbestimmungsrecht erst erkämpft werden müßte, dann wäre das für den neuen Staat, für das neue Deutschland, bedauerlich. An dieser Stelle möchte ich deshalb an die Regierung die Bitte richten, den Artikel 165 der Reichsverfassung dauernd im Auge zu behalten und ihren Einfluß im Reichsrat und bei der Reichsregierung geltend zu machen, damit neben den anderen Ständen, denen wir dies gewiß nicht vergönnen, endlich auch einmal die Arbeitnehmer zu ihrem Rechte kommen.

Damit bin ich am Schlusse meiner Ausführungen. Ich wiederhole, was ich eingangs gesagt habe: Wir freuen uns, daß es möglich war, trotz der schwierigen wirtschaftlichen Umstände, den Etat einigermaßen ins Gleichgewicht zu bringen. Wir unterstützen die Regierung und haben zu ihr das Vertrauen, daß sie wie bisher fest auf dem Boden der Verfassung stehend dafür sorgt, daß der neue Staat auch mit sozialem Inhalt ausgefüllt wird (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Dr. **Mattes** (D. Vp.):

Der Landtag beabsichtigt, die Dauer der Aussprache abzukürzen. Wir billigen das Ziel einer zeitlichen Beschränkung der Landtagsarbeit; wir haben aber starke Bedenken gegen die Art der Durchführung, die jetzt beabsichtigt ist. Die Beschränkung der Beratung soll beim wichtigsten Teil der

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. **Mattes** [D. Vp.])

Landtagsarbeit, beim Staatsvoranschlag, durchgeführt werden, nachdem Minderwertiges den breitesten Raum in den Beratungen gefunden hat. Die Maßnahme setzt am falschen Ort ein. Sie verstärkt den ungesunden Zustand, daß ein Ausschuß des Landtags immer mehr Bedeutung gewinnt und der übrige Teil des Landtags einschließlich des Plenums immer mehr an Bedeutung verliert.

Was not tut, und was allein helfen kann, und worauf wir schon seit längerem hingewiesen haben, das ist eine andere Stoffverteilung auf die Ausschüsse (Zuruf: Verminderung ihrer Zahl!), nicht die Beschränkung der Plenarberatungen, sondern eine andere Gestaltung der Beratungen in den Ausschüssen kann allein zum Ziele führen. Wenn wir trotzdem jetzt der Absicht, die Beratungen bis zum 31. d. M. zu Ende zu führen, zustimmen, so mit Rücksicht auf die finanziellen Wirkungen dieses Vorschlags.

Es gilt nun heute, zur finanziellen Seite der Staatstätigkeit Stellung zu nehmen. Die Beurteilung der wirtschaftlichen Seite der Staatstätigkeit muß aber von Weltanschauungsgrundlagen ausgehen. Wenn wir das betonen, wollen wir damit klar zum Ausdruck bringen, daß wir sowohl eine rein wirtschaftliche Einstellung zu den politischen Dingen wie die Bindung an einen einseitigen Interessenstandpunkt ablehnen. Wir lehnen beides ab, weil beides staatspolitisch unfruchtbar ist. Jede große Partei hat die Aufgabe, das Gesamtwohl zu erstreben und muß deshalb versuchen, dem gesamten Volke gerecht zu werden. Aber nur auf weltanschaulicher Grundlage läßt sich ein einigendes Band um alle Schichten des Volkes schlingen.

Wer dieses Band aufgibt, wer die politische Organisation zu einer Vereinigung wirtschaftlicher Interessenten macht, der führt sich schließlich durch die Gegensätzlichkeit der Interessen und durch die Tendenz zu immer weitergehender Zersplitterung selber ad absurdum. Deshalb betonen wir immer wieder und legen entscheidenden Wert auf den liberalen Charakter der Deutschen Volkspartei. Wir knüpfen damit bewußt an das geistige Erbe unserer Väter, der nationalliberalen Partei an. Ein Jahrhundert lang hat sie das geistige Leben unseres Volkes beherrscht und einen großen Kampf für Vaterland, Freiheit und Recht geführt. Diese alten Ziele sind auch unsre Ziele. Wir nehmen diese alten Ziele aber nicht auf, rückwärts gewendet, sondern in die Zukunft schauend und auf die Zukunft vertrauend. Wir sind uns darüber klar, daß neue Zeiten neue Aufgaben stellen. Das sollte mit den Worten vom neuen Liberalismus, die ich in Mannheim gesprochen habe, betont werden. Das alte große Geisteserbe unserer Partei soll gewahrt werden, aber neue Aufgaben erfordern neue Wege zu gehen. Es ist gestern von dem Herrn Abg. Duffner mein Parteifreund Kahl zitiert worden. Als wir uns vor einiger Zeit einmal in einem Reichsverband der Partei über die Gegenwartsaufgaben des Liberalismus unterhalten haben, da hat keiner diese Frage so gut wie Kahl beantwortet. Ich darf aus seinen Ausführungen den wesentlichen Satz hier wiedergeben; er sagte: „Ich verstehe heute unter Liberalismus den verantwortungsbewußten Tatsachenmut, aus den geschichtlich unerbittlich gelegten Entwickelungsbedingungen die praktisch politischen Folgerungen rücksichtslos zu ziehen und in diesem Sinne fortzuschreiten."

Diese Mahnung zum verantwortungsbewußten Tatsachenmut gilt ganz besonders für die Gegenwart. Wir sind deshalb weder doktrinär gegenüber dem Alten, noch gegenüber dem Neuen, sondern wir stellen uns bewußt als Verbindung zwischen beides.

Welches sind nun die neuen Tatsachen, denen gegenüber es diesen Tatsachenmut zu zeigen gilt? Das erste ist wieder einmal die Tatsache, daß es gilt, um die gesicherte nationale Existenz unseres Volkes zu kämpfen. Es gilt bei uns, immer wieder zu betonen, daß wir heute außenpolitisch kein freies Volk sind. In Zeiten der Not, in den Zeiten des Alltags wird das leicht vergessen. Diese gesicherte nationale Existenz ist heute doppelt bedroht; bedroht durch die Konkurrenz der europäischen Völker und durch das Neuauftreten von Weltmächten, die sich bereits nicht mehr in den Rahmen von Kontinenten bannen lassen. Deshalb ist es notwendig, darüber klar zu sein, daß die nationale politische Frage heute eine europäische und eine Weltfrage in sich schließt.

Man könnte die Frage aufwerfen: Was geht das die badische Politik an? Es ist nicht gleichgültig, wie ein Land sich zu diesen Fragen stellt, das Grenzland nach dem Elsaß und nach der Schweiz ist. Deshalb gilt heute mehr denn je der Grundsatz vom Primat der auswärtigen Politik. Nur ein geschlossenes, sich verstehendes Volk, wird die nationalen Aufgaben der Gegenwart erfüllen. Und ebenso gilt für das Innere nicht Kämpfe, sondern Einigkeit und Zusammenarbeit. Deshalb wird schon aus außenpolitischen Gründen die Frage der Volksgemeinschaft und damit die soziale Frage zur wichtigsten innenpolitischen Frage. Wir sind uns darüber klar, daß die großen Aufgaben der Gegenwart nur durch die Zusammenarbeit aller Schichten des deutschen Volkes und durch gegenseitiges Verständnis zu erfüllen sind. Wenn deshalb vor einiger Zeit der jetzige Reichswirtschaftsminister, unser badischer Abgeordneter, gerade sein Wirtschaftsprogramm auf der Tagung des Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf dargelegt hat, so sollte damit klar zum Ausdruck kommen, daß unsere führenden Männer und damit die ganze Partei der Meinung sind, daß die großen wirtschaftlichen Fragen nur durch die Zusammenarbeit beider großen Schichten in der Wirtschaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, gelöst werden können.

Die soziale Frage hat aber auch eine liberale Quelle. Wenn man einen freien Menschen will — und das will ja der Liberalismus —, dann muß man ihm die entsprechende wirtschaftliche Existenz geben und zugleich die Möglichkeit der Mitwirkung.

Der Liberalismus hat den Staat immer an die erste Stelle im politischen Leben gestellt, und zwar den Staat um seiner selbst und nicht um seiner Form willen. Wir sind bezüglich der Staatsform nicht doktrinär eingestellt. Nur die Staatsform besteht auf die Dauer, die sich durch ihre Leistungen bewährt. Wenn man diesen Maßstab an die Staatsform anlegt und an die Männer, die im heutigen Staat arbeiten, wird man führenden Männern aus dem liberalen Lager, wie Stresemann und Luther, die Anerkennung nicht absprechen dürfen, daß sie die beste Stütze des neuen Staates gewesen sind und noch sind. Wir sind uns darüber klar, daß es bei der geschichtlichen Lage von Deutschland keinen Weg zurück gibt. Die Geschichte lehrt, daß, wenn einmal die Monarchien beseitigt sind, der Weg zurück außerordentlich schwer gefunden werden kann. Dazu kommen in Deutschland noch ganz besondere Schwierigkeiten, und deshalb sind wir uns in der Deutschen Volkspartei darüber klar, daß heute nicht bloß die Frage der Staatsexistenz, sondern auch der Staatsform entschieden ist. Wenn es uns manchmal so schwer fällt, dies auszusprechen, so deshalb, weil die heutigen Schützer der Republik uns das so schwer machen (Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei). Gerade von der Organisation des Reichsbanners unter Hörsings Führung wird man sagen müssen, daß sie durch ihre Tätigkeit sehr oft eine hervor-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. **Mattes** [D. Vp.])

ragende Organisation zum Schutze gegen das Bekenntnis zur Republik geworden ist (Abg. Rückert: Na, Na!): Die Republik soll eine politische Organisation freier Menschen sein, deshalb gilt es, in ihr liberal zu sein und Duldung zu üben. Deshalb wird es gut sein, wenn gewisse Republikaner es sich abgewöhnen, eine Gänsehaut zu kriegen, wenn sie eine schwarz-weiß-rote Fahne sehen. Wir sind uns bewußt und klar, daß die Staatsautorität, die der heutige Staat mehr wie je braucht, die Achtung vor seinen Farben verlangt, aber wir sehen nicht ein, warum wir dem Symbole der deutschen Einigkeit des Jahres 1870, das für uns immer noch das bedeutendste geschichtliche Ereignis ist, untreu werden sollen (Abg. Bauer: Sehr gut!). Ein Staat, der nicht den Mut hat, sich zu seiner Vergangenheit zu bekennen, stellt sich ein Armutszeugnis aus (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei). Darin bekundet sich der freie Mensch und der freie Staat, daß er sich zutraut, mit geistigen Waffen zu siegen.

Wer geistig freie Menschen will, muß ihren Geist schulen. Deshalb ist der liberale Mensch immer ein Schulfreund gewesen. Für die Gegenwart gilt das doppelt, wo alles auf die politische Führung ankommt. Alle die, welche die Demokratie richtig verstanden haben, waren sich darüber klar, daß sie in erster Linie ein Führerproblem ist. Hier in Baden geht die praktische Politik allerdings manchmal andere Wege, wo der kleinbürgerliche Standpunkt des Neides eine allzu große Rolle manchmal spielt.

Schließlich erfordert die Gegenwart auch ein friedliches Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Wir wollen den christlichen Staat, weil wir von dem Wert der Religion für unser Staatsleben gerade in der Gegenwart überzeugt sind. Wir sind deshalb bereit, im Staate den Kirchen die Freiheit einzuräumen, die sie brauchen, und zu gleicher Zeit den Konfessionen Gleichberechtigung zu verschaffen.

Eine besondere Gefahr für unser Beamtentum besteht in dem wachsenden Einfluß der Parteien auf ihre Tätigkeit. Wir wünschen ein Beamtentum, das sich dem Staat, nicht den Parteien verpflichtet fühlt (Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei). Dabei muß man allerdings auch den Beamten im Staate die Möglichkeiten geben, die notwendig sind . . . (Zurufe von Zentrumsseite — Abg. Bauer: Baden war ein Musterland früher! — Gegenzurufe. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten). Deshalb ist es aber auch notwendig, den Beamten im Staate die Möglichkeiten einzuräumen, die notwendig sind, daß er seine ganze Kraft mit voller Freude dem Staate widmet und das setzt voraus, daß ihm die höchsten Spitzen des Staates nicht verschlossen sind. Wir hätten deshalb gewünscht und es als eine Förderung unserer Staatsarbeit angesehen, wenn es gelungen wäre, den wichtigsten Posten, den wir in der letzten Zeit im Lande zu vergeben hatten, den Gesandtenposten einem Beamten zu übertragen (Zuruf rechts: Freiherr von Berckheim!).

Die Aufgabe des Liberalismus, so wie ich sie umrissen habe, geht dahin, nach allen Seiten einen einigenden Einfluß auszuüben. Daraus ergibt sich die taktische Stellung unserer Partei. Wir wollen eine Mittelpartei sein unter Ablehnung dauernder einseitiger Bindungen. Damit ist unsere Stellungnahme zur Regierungsbildung gegeben. Ich habe nichts neues hinzuzufügen. Unser Standpunkt vom Herbst letzten Jahres ist bekannt. Er ist noch heute unser Standpunkt, die große Koalition, die wir erstrebt haben, ist nicht zustande gekommen. Wir haben heute den Zustand, daß zwei Ministerien von einem Minister verwaltet werden. Dieser Zustand mag für kurze Zeit tragbar sein, aber er bedarf der Beseitigung. Wir haben bei der Schaffung dieses Zustandes keinen Anteil und keinen Einfluß gehabt und haben auch keine Verantwortung für sein Weiterbestehen.

Bei den Erörterungen über die Regierungsfrage, die im Hause gepflogen worden sind, sind zwei Standpunkte zum Ausdruck gekommen, für und gegen die große Koalition. Es scheint mir bei dem „Für" mehr der staatspolitische Gesichtspunkt vorzuwalten, bei dem „Gegen" der parteipolitische. Es dürfte interessant sein, den Ausgang der Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden politischen Richtungen festzustellen. Einige Parteifreunde von uns im Reiche haben vor einiger Zeit die Bildung eines Rechtsblockes gewünscht, Parteifreunde aus dem preußischen Staatsrat.

Wir in Baden lehnen den Rechtsblock ab. Wir sind der Meinung, daß der preußische Staatsrat weniger geeignet ist, um politische Erfahrungen zu sammeln, die auf das parlamentarische Leben in dem vom Volke gewählten Parlament angewendet werden. Das Zweiparteiensystem, das dieser Forderung als Ideal zugrunde gelegt ist, ist ein ideales Ziel, aber die Voraussetzungen in Deutschland fehlen. Es würde einmal voraussetzen, daß das Zentrum bereit wäre, sich in einer derartige Neugestaltung der parteipolitischen Verhältnisse in Deutschland einzufügen. Diese Bereitwilligkeit, von einzelnen journalistischen Stimmen abgesehen, fehlt. Auf der anderen Seite scheint das deutsche Volk geistig nicht für eine derartige Gestaltung reif zu sein. Wenn in England die Entwicklung immer dahin gegangen ist, daß zwei Parteien nebeneinander bestanden haben, und wenn sie heute wieder dahin geht, ist das englische Wahlrecht zunächst daran schuld. Aber der grundsätzliche Unterschied der geistigen Einstellung der Engländer zu den politischen Dingen gegenüber der des deutschen Volkes ist mitentscheidend.

Das ist der große Unterschied zwischen dem englischen und dem deutschen Volke, daß in England die Schichten rechts wie links von unserer politischen Richtung unendlich stärker von dem liberalen Geiste durchsetzt sind, als das in Deutschland der Fall ist. Deshalb hat der Liberalismus in Deutschland seine historische Aufgabe noch nicht erfüllt. Er hat im letzten Jahrhundert im wesentlichen in erster Linie den Mittelstand erobert und mit ihm seine geistige Welt ausgebaut und den Sieg in diesem Jahrhundert errungen. Neben ihm sind aber die Schichten anderer geistiger und politischer Welten bestehen geblieben, die die aus der alten Zeit des Obrigkeitsstaates kommen, und diejenigen, die neu hinzugekommen sind, die sozialistischen Gruppen; beide sind in starkem Ausmaße dem liberalen Geiste fremd geblieben. Und darin scheint mir nun die große Gegenwartsaufgabe des Liberalismus zu bestehen, daß er alles, was rechts und links von ihm steht, mit liberalem Geist durchsetzt und mit liberaler Duldung erfüllt, alle Schichten und alle geistigen Strömungen mit seinem Denken und seiner Lebenseinstellung zu durchdringen; das ist die große Gegenwartsaufgabe des Liberalismus. Das ist nun die Grundlage unserer Stellungnahme zu den wirtschaftlichen Dingen. Früher hatte der Staat für die allgemeinen Staatsbedürfnisse die erste Hypothek auf die Steuerquellen. Heute kann man das nicht mehr sagen, sondern heute besteht eine gewisse Vorausbelastung. Die erste Vorausbelastung ist die Kriegsentschädigung, die wir zu zahlen haben. Die zweite Vorausbelastung sind die großen sozialen Aufgaben infolge des Krieges und der Inflation. Die dritte Vorausbelastung ist die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland, in die wir durch die Entwicklung nach dem Kriege gekommen sind. Diese

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. **Mattes** [D. Vp.])

Vorausbelastung hat die Finanzpolitik der Länder eingeengt. Infolgedessen gilt es sich in den finanziellen Ansprüchen der Länder zu bescheiden. Die Frage, die nun an die badische Finanzpolitik zu stellen gilt, ist die, ob sich die badische Finanzpolitik in diesem Rahmen bewegt. Und damit gestatte ich mir einen kurzen Überblick über die finanzielle Lage des Staates.

Der Staatsvoranschlag in seiner ursprünglichen Form hat mit 218 Millionen M. ordentliche Ausgaben, 227 Millionen Mark ordentliche Einnahmen und 33 Millionen M. außerordentliche Ausgaben nach Abzug der außerordentlichen Einnahmen abgeschlossen. Inzwischen ist eine Veränderung eingetreten, die zu einer Erhöhung der ordentlichen Ausgaben um rund 3 Millionen M., zu einer Verringerung der ordentlichen Einnahmen um etwa ½ Million M. und zu einer Erhöhung der außerordentlichen Ausgaben um mehr als 13 Millionen M. geführt hat. Dadurch ist das ursprünglich vorhandene Gleichgewicht im Staatsvoranschlag beseitigt worden und die Notwendigkeit entstanden, durch Anleihemittel den Ausgleich wieder herzustellen. Wir billigen den Weg, da diese Anleihemittel zu produktiven Zwecken verwendet werden sollen. Der Steuerbedarf des badischen Staates — ausgehend nun von der ursprünglichen Gestalt des Staatsvoranschlags — beträgt heute 113 Millionen M. 56,5 Millionen M., also genau die Hälfte, fließen aus Reichsquellen, aus Reichssteuern, die andere Hälfte aus Landessteuern. 1914 hat der gesamte Steuerbedarf des badischen Staates 60 Millionen M. betragen, 40 Millionen aus direkten Steuern und 20 Millionen Mark aus indirekten Steuern. Zieht man hiervon das ab, was damals an Zahlungen an das Reich zu leisten gewesen ist, und was als Rückersatz für die badischen Steuern in Frage kam, dann ergibt sich für das Jahr 1914 ein Steuerbedarf von 47,5 Millionen M., so daß also der heutige Steuerbedarf 140 Proz. höher ist als im Jahre 1914. Zieht man aber weiter von den Ausgaben im Jahre 1914 die Ausgaben für die Gebiete ab, die heute der badische Staat nicht mehr zu verwalten hat — ich denke in erster Linie an die Finanzverwaltung —, dann ermäßigt sich weiter der Steuerbedarf von 1914 auf 36 Millionen M. und die Zunahme des Steuerbedarfs erhöht sich auf 210 Proz.

Der badische Steuerbedarf ist also heute etwas mehr als das Dreifache von 1914 (Hört,hört! rechts). Gegenüber 1925 ist der Steuerbedarf um 11 Millionen oder um 10 Proz. gestiegen. Diese Steigerung ist zum Teil durch Reichsgesetz bedingt. Wir müssen also leider feststellen, daß die in diesem Frühjahr im Reich durchgeführte Steuersenkungsaktion praktisch keine Auswirkung für die badischen Steuerzahler hat. Denn das, was dort an Ermäßigung beschlossen und durchgeführt worden ist, wird durch die Erhöhung der badischen Steuern ausgeglichen.

Man hat nun bei den Beratungen der finanziellen Belastung im Lande sehr oft einen Vergleich mit anderen Ländern gezogen. So hat das Gewerbe immer darüber geklagt, daß es höher als in Preußen besteuert werde, und die Landwirtschaft, daß sie höher als die süddeutschen Nachbarstaaten besteuert werde. Genaue Unterlagen über diese Dinge fehlen uns, aber immerhin scheint das im großen Ganzen richtig zu sein. Wenn man einmal einen Vergleich durchführen will, dann kann man, ohne nun in allen Einzelheiten einen richtigen Maßstab dadurch zu bekommen, ausrechnen, wie groß der Steuerbedarf auf den Kopf der Bevölkerung — in den verschiedenen süddeutschen Staaten — bemessen ist.

Ein derartiger Vergleich der Staatsvoranschläge der süddeutschen Staaten für 1926 unter Weglassung der Beträge, die für den Wohnungsbau bestimmt sind, weil sie ganz verschieden etatisiert sind, führt zu folgendem Ergebnis: Der Steuerbedarf pro Kopf der Bevölkerung aus Reichs- und Landessteuern beträgt in Baden für das Jahr 1926 47 M., in Hessen 44 M., Württemberg 41 M. und in Bayern 39 M. Baden marschiert hier an der Spitze. Dabei ist es richtig, daß dabei auch die inneren Aufgaben des Etats mit verglichen werden müssen, und da hat Baden zum Teil größere Aufgaben übernommen als andere Staaten. Es lassen sich auch Fälle feststellen, wo andere Staaten für gewisse Dinge mehr ausgeben, größere Aufwendungen übernommen haben, als es in Baden der Fall ist.

Ich will einmal auf ein Beispiel hinweisen: im badischen Voranschlag sind z. B. für die Kirchen etwas über 3,5 Millionen M. eingesetzt, im württembergischen Voranschlag 11 Millionen. Also hier z. B. wieder ein ganz anderer Steuerbedarf auf diesem Gebiet. Einen genauen Vergleich kann man natürlich erst gewinnen auf Grund eines Vergleichs der einzelnen Ausgabeposten in den süddeutschen Staatsvoranschlägen. Nun ist ja durch Reichsgesetz bestimmt, daß eine Statistik über die Ausgaben und Einnahmen der Länder und Gemeinden für die Jahre 1913, 1925 und 1926 aufgestellt wird. Ich würde es begrüßen, wenn uns diese Statistik nicht nur für Baden, sondern auch für die anderen süddeutschen Staaten zugänglich gemacht würde.

Eine andere Frage, die aufgeworfen worden ist, ist die: Wer trägt die badischen Steuern? Wenn man nun den badischen Staatsvoranschlag nach diesem Gesichtspunkt durchsieht, muß man feststellen, daß von den 113 Millionen M. 62,3 Millionen zunächst ausschließlich vom Besitz getragen werden. Das sind 55 Proz. des Steueraufkommens. Daneben hat natürlich der Besitz auch an den anderen Steuern seinen Anteil. Der größte Anteil an Steuermitteln Badens, der weitaus größte Teil wird also vom Besitz aufgebracht.

Nun wie verteilen sich die Ausgaben im badischen Staatsvoranschlag? Von den 236 Millionen M. entfallen 126 Millionen M. auf den persönlichen Aufwand, darunter 20,3 Millionen auf Ruhegehälter und Hinterbliebenenversorgung und 110 Millionen M. auf den sachlichen Aufwand, daunter 27 Millionen M. Steuerüberweisungen und 10,7 Millionen M. Baudarlehen.

Wenn man diese Zahlen mit den Friedensverhältnissen vergleichen will, muß man die Steuerüberweisungen unberücksichtigt lassen, denn sie sind ja nur ein durchgehender Rechenposten im badischen Staatsvoranschlag. Führt man diesen Vergleich zwischen persönlichem und sachlichem Aufwand durch, — also unter Weglassung der Steuerüberweisung an die Gemeinden —, dann stellt sich das Verhältnis zwischen persönlichem und sachlichem Aufwand auf 60 Proz. zugunsten des persönlichen Aufwands. Der Herr Finanzminister hat in seiner Finanzrede bei der Feststellung dieses Verhältnisses die Steuerüberweisungen mit berücksichtigt und kam deshalb zu einer Zahl von 57,75 Proz. für den persönlichen Aufwand. 1914 hat der persönliche Aufwand 63 Millionen M., der sachliche Aufwand 52 Millionen M. betragen. Wir haben also gegenüber 1914 etwa eine Verdoppelung des persönlichen Aufwandes. Nun muß man dabei als wesentlichen Faktor berücksichtigen, daß damals die Städte einen Teil der Kosten für die Volksschullehrer getragen haben. Man kann diese Summe etwa auf 5 bis 6 Millionen M. schätzen. Im Staatsvoranschlag vom Jahre 1914 ist die Zahl der Lehrerstellen ja angegeben. Wenn man dies berücksichtigt, dann erhöht sich der persönliche Aufwand des badischen Staates auf etwa 90 Proz. des Betrages vom Jahre 1914. Dabei ist Ursache

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. **Mattes** [D. Vp.])

dieser Erhöhung nicht eine wesentliche Erhöhung der Beamtenzahl, denn im Jahre 1914 waren im Staatsvoranschlag 22 470 und jetzt 23 149 Stellen vorgesehen, also nur 3 Proz. mehr. Der sachliche Aufwand stellt sich gegenüber 1914 folgendermaßen: Wenn man die jetzigen Steuerüberweisungen an die Gemeinden und die Zahlung an das Reich im Jahre 1914 wegläßt und die Verwendung der Gebäudesondersteuer für Wohnungszwecke unberücksichtigt läßt, dann hat sich der sachliche Aufwand gegenüber 1914 um 60 Proz. erhöht. Wir müssen also feststellen, daß die Steigerung der Staatsausgaben im allgemeinen über die Teuerung hinausgeht. Wenn der Herr Finanzminister deshalb genötigt war, bei der Herstellung des Gleichgewichts im Staatsvoranschlag 72 Millionen M. zu streichen, so ist der erste Eindruck, den man haben mußte, daß das vielleicht auf Kosten dringender und wichtiger Staatsnotwendigkeiten geschehen ist, nicht richtig, sondern der Vergleich der Ausgaben mit 1914 zeigt dies nicht, und auch der Inhalt des Staatsvoranschlages beweist dies im allgemeinen nicht. Wir müssen anerkennen, daß es eines energischen Eingreifens des Finanzministers bedurft hatte, wenn 72 Millionen M. gestrichen werden mußten, um das Gleichgewicht herzustellen. Wenn aber bei der jetzigen Höhe der Ausgaben noch 72 Millionen M. gestrichen werden mußten, dann kann man sich doch nicht des Eindrucks erwehren, daß bei manchen Teilen der Staatsverwaltung das richtige Verständnis für das heute wirtschaftlich Mögliche gefehlt hat. Das sachliche Arbeitsgebiet des Staates ist gegen früher größer geworden. Zunächst hat sich der Staat freiwillig auf neue Gebiete, vor allen Dingen in der Wirtschaft, begeben.

Der badische Staat ist an einer größeren Anzahl von wirtschaftlichen Unternehmungen beteiligt. Unsere grundsätzliche Stellungnahme ist die, daß wir da für die Beteiligung des Staates an wirtschaftlichen Unternehmungen sind, wo sie in einem inneren Zusammenhang mit den Aufgaben des Staates stehen. Ob das bei allen jetzigen wirtschaftlichen Unternehmungen der Fall ist, läßt sich nicht ohne weiteres feststellen. Wir anerkennen, daß es dem Herrn Finanzminister gelungen ist, die Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen erfolgreich zu vermehren. Über die Qualität der Leitung der Unternehmungen läßt sich in einer Zeit der Wirtschaftskrisis ein abschließendes Urteil nicht fällen. Wir müssen infolgedessen noch zukünftige Erfahrungen abwarten. Mit der Bildung eines Wirtschaftsfonds aus einem Teil der Beteiligung an diesen wirtschaftlichen Unternehmungen sind wir einverstanden, ohne daß es schon notwendig ist, nun heute dauernde Bindungen über die Verwendung der Erträge des Wirtschaftsfonds einzugehen.

Ein anderes neues Gebiet des Staates ist seine Tätigkeit auf dem Wohnungsgebiet. Wir stimmen den Anforderungen für dieses Gebiet zu, da wir uns in einer Wirtschaftskrisis befinden, und da der innere Anleihemarkt sich erst allmählich belebt. Wir hoffen aber, daß es mit Abschluß dieser Budgetperiode gelingen wird, auf diesen Teil der Tätigkeit des Staates zu verzichten. Im allgemeinen stehen wir diesem Teile der Staatstätigkeit mit einiger Skepsis gegenüber. Wir haben nicht den Eindruck, daß hier der Staat der billigste Wirtschaftler ist, und daß er wenig geignet ist, Erbauer, Besitzer und Verwalter von größerem Wohngebäudebesitz zu sein.

Eine politische Dauerfrage ist die Frage der Beamtenbesoldung. Die Regierung hat uns eine vergleichende Darstellung der Beamtenbesoldung vom Jahre 1914 und von jetzt gegeben. Diese Darstellung war außerordentlich lehrreich, denn sie hat uns auf wesentliche Unterschiede zwischen dem früheren und dem jetzigen Zustand aufmerksam gemacht. Für die frühere badische Besoldungsordnung darf zunächst einmal festgestellt werden, daß sie für die unteren Gruppen sozialer war, während die heutige Besoldungsordnung in der Hinsicht sozialer ist, daß sie den verheirateten Beamten besser bezahlt als den unverheirateten Beamten. Die frühere badische Besoldungsordnung hatte geringere Eingangsstufen, dafür aber eine größere Spanne zwischen Anfangs- und Endgehalt, während die heutige Besoldungsordnung die früher zum Teil sehr schlechte Bezahlung der oberen Beamten etwas gebessert hat. Wie nun die Bezahlung der Beamten im ganzen ist, läßt sich aus einer derartigen vergleichenden Darstellung allein nicht feststellen, sondern man muß noch andere Mittel heranziehen. Z. B. ein Vergleich der durchschnittlichen Einkommen der etatmäßigen Beamten im Jahre 1914 und im Jahre 1926 — (Zuruf links: 1908) — 1914, ich gehe auf den Staatsvoranschlag zurück — ergibt, daß das Durchschnittsgehalt der etatmäßigen Beamten ohne Volksschullehrer im Jahre 1914 3100 M. war und jetzt 4000 M. ist, also eine Steigerung um rund 30 Proz. erfahren hat. Die Regierung hat nun vorgeschlagen, eine Einstellungsbeschränkung bei den Beamten für die nächste Zeit durchzuführen. Dadurch wird ein innerer Zusammenhang zwischen Beamtenbesoldung und Verwaltungsreform geschaffen. So wenigstens fassen wir die Dinge auf, wir müßten sonst große Bedenken gegen eine schematische Durchführung dieser Bestimmung haben und halten es für notwendig, daß hier die Prüfung des Einzelfalles eingehend durchgeführt wird.

Die einzelnen Verwaltungsgebiete des badischen Staates haben eine ganz verschiedene Entwicklung erfahren. Während die Zahl der Beamten im allgemeinen gleich geblieben ist, hat eine Zunahme bei den Zentralstellen stattgefunden, und zwar um etwa 50 Proz. Die Kosten haben sich verdoppelt. Die uns in Aussicht gestellte vergleichende Darstellung 1914 und 1926 haben wir noch nicht erhalten. Wir wären dankbar, wenn sie uns nachträglich noch zugänglich gemacht würde. Diese Entwicklung ist in den einzelnen Ministerien ganz verschieden. Der persönliche Bestand beim Justizministerium ist gleich geblieben, wie wir überhaupt im allgemeinen anerkennen müssen, daß nach unserem Eindruck das Justizministerium das sparsamste der Ministerien ist (Sehr richtig! rechts). Eine starke Vergrößerung ist dagegen bei den anderen Ministerien eingetreten, aber auch hier kann man eine ganz verschiedene Entwicklung einzelner Ausgabeposten feststellen. So sind z. B. die Ausgaben für Dienstreisen und Umzugskosten gegenüber dem Jahre 1924 beim Justizministerium um 33 Proz. zurückgegangen, während sie bei dem Innern um 50 Proz. zugenommen haben (Hört, hört!). Der gesamte persönliche Aufwand in der Staatsverwaltung hat gegenüber dem Jahre 1914 eine Verschiebung erfahren, und zwar in der Richtung, daß ein immer größerer Teil des persönlichen Aufwandes im Kultusministerium entsteht. Im Jahre 1914 hat — unter schätzungsweiser Hinzurechnung der Ausgaben für die Lehrer in den Städten — der persönliche Aufwand beim Kultusministerium 45 Proz. betragen, während er jetzt 56 Proz. der persönlichen Ausgaben ausmacht (Ruf aus dem Hause: Wieviel?).

Im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform ist es nun notwendig, einige Bemerkungen über das Verhältnis von Reich und Ländern zu machen. Leider müssen wir feststellen, daß die Beziehungen zwischen dem Reich und den Ländern nicht friedlicher und besser geworden sind, sondern daß im Gegenteil sich die Konflikte — in letzter Zeit vor allen Dingen auch im Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich verstärkt und

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Mattes [D. Vp.])

verschärft haben; dabei haben wir den Eindruck, daß die Schuld nicht in erster Linie auf seiten des Reiches, sondern zum Teil und vielleicht zum wesentlichen Teil in einem ungesunden Partikularismus auf seiten der Länder zu suchen ist (Sehr richtig! in der Mitte).

Wir wollen im Deutschen Reiche keinen französischen Zentralismus; das jetzt zwischen dem Reich und den Ländern bestehende Verhältnis ist aber auf die Dauer nicht tragbar: Falls nicht auf friedlichem Wege sich eine Lösung finden läßt, dann würden wir eine Stärkung der Reichsgewalt für das Notwendige ansehen.

Die Kompetenzverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden muß in erster Linie eine Frage der Zweckmäßigkeit sein. Die Länder in ihrer heutigen Gestalt sind historische Zufallsgebilde und stellen deswegen keine Ewigkeitswerte dar; eine spätere Zeit wird vielleicht wieder einmal die Frage einer zweckmäßigeren „Verwaltungseinteilung" von Deutschland aufwerfen.

Im Lande selbst hat nun früher der Gegensatz zwischen Staatsverwaltung und Selbstverwaltung bestanden und eine Rolle gespielt. Dieser Gegensatz ist heute weggefallen; denn heutzutage ist eine jede Verwaltungsstelle ein Selbstverwaltungskörper — nur eine jede mit anderem territorialen und sachlichen Gebiet.

Für die Verteilung der Staatsaufgaben kann also heute nicht mehr der Gegensatz „Staatsverwaltung — Selbstverwaltung!" maßgebend sein, sondern lediglich die Zweckmäßigkeit der Aufgabenerledigung. Unter diesem Gesichtspunkt werden wir die innere Verwaltung, das Verhältnis zwischen Gemeinde, Bezirk, Kreis und Staat nachprüfen müssen — wobei wir der Meinung sind, der Weg solle dahin gehen, daß ein größerer Teil der Aufgabengebiete auf die unteren Organe der Selbstverwaltung übertragen werden kann und werden soll.

Die innere Verwaltung selbst hat nun vier große Gebiete zu erledigen: einmal das allgemeine Gebiet der Verwaltung, dann das der Polizei; weiterhin die sozialen Fragen und schließlich die Fragen der wirtschaftlichen Förderung.

Auf dem Gebiete der eigentlichen Verwaltung möchte ich noch einmal betonen, was ich soeben umrissen habe: daß hier durch Übertragung eines Teils der Aufgaben eine Verringerung der Arbeit, eine Entlastung der Ministerien wie der Bezirksverwaltung eintreten kann und soll.

Von der Polizei haben wir den Eindruck, daß sie etwas einfacher und billiger organisiert werden könnte; deshalb werden wir in der Zukunft die Kosten der Polizei einer besonderen Nachprüfung unterziehen müssen (Abg. Lechleiter: Das ist auch sehr notwendig!).

Was nun die Organisation der Wirtschaftsförderung anbelangt, so wird man hier die Frage grundsätzlich aufwerfen müssen. Denn auf die Dauer wird es wirklich kein tragbarer Zustand sein, daß vier oder fünf Stellen ein und dasselbe Gebiet bearbeiten: So bearbeiten das Gebiet der Wirtschaftsförderung der Landwirtschaft heute der Staat, weiterhin die Landwirtschaftskammer, die Kreise und die Genossenschaften — und außerdem noch sonstige Stellen (Zurufe — Heiterkeit). Daß das nicht gerade das Vorbild einer zweckmäßigen Verwaltungsorganisation ist, wird man ohne weiteres zugeben müssen.

Es wird also in unserem Staat noch sehr viel Doppelarbeit geleistet und die Nachprüfung unserer Verwaltung auf die Beseitigung dieser Doppelarbeit hin wird eine der kommenden großen Arbeiten sein (Finanzminister Dr. Köhler: Da soll nur der Landtag mithelfen! — Ruf: Ganz gut!). Gewiß, Herr Finanzminister! der Landtag wird, wie ich hoffe, mithelfen (Finanzminister Dr. Köhler: Ich „hoffe" es auch!).

Dabei wird man wohl als Grundsatz — wenn dieser natürlich auch Ausnahmen gestattet — beachten können, daß Selbst-Verwaltung auch Selbst-Finanzierung bedeutet (Finanzminister Dr. Köhler: Beifall. — Rufe aus der Mitte: Sehr gut!).

Das Gebiet des Kultus und Unterrichts ist dasjenige, das seit dem Jahre 1914 die größte Entwicklung erfahren hat: Heute beträgt die Ausgabensumme für das Gebiet des Kultus und Unterrichts rund 80 Millionen M. und ist damit 75 Proz. höher als die Summe der Steuern, die wir im Jahre 1914 gebraucht haben. Der Liberalismus ist immer ein Bildungsfreund gewesen, weil man freie Menschen nur dann schaffen kann, wenn man sie auch geistig entwickelt. Aber auch das Bildungswesen ist nur ein Teil des gesamten Volkslebens und auch hier muß ein gesundes Verhältnis bestehen: In dieser Beziehung scheinen mir für das heutige Bildungswesen drei Gefahren zu bestehen.

Die eine Gefahr sehe ich in der Überfüllung der geistigen Berufe (Sehr richtig! Sehr gut! beim Zentrum).

Die zweite Gefahr ergibt sich aus dem Mangel an wirtschaftlichen Mitteln zur Nutzbarmachung der Kenntnisse: denn wenn man auch noch so sehr geschult ist, nützt das gar nichts, falls man nachher die erlangte Schulung nicht auch anwenden kann (Zuruf: Sondern arbeitslos wird).

Und schließlich ist noch auf eine Gefahr gerade auch für das staatliche Bildungswesen hinzuweisen: Wenn die Ausgaben allzusehr anwachsen, dann werden eben die Feinde der freien Bildung an Einfluß gewinnen und zuletzt hier also einen Vorstoß gegen das staatliche Bildungswesen unternehmen (Zuruf aus der kommunistischen Gruppe: „Nur nicht zuviel Bildung"!). Gewiß: „nicht zu viel Bildung" (Zuruf vom Zentrum: Ja, lieber bezahlen!).

Das Finanzministerium hat dadurch an Bedeutung zugenommen, daß es zu gleicher Zeit zum Wirtschaftsministerium geworden ist. Wir halten diese Erweiterung für vorteilhaft, wenn sie die Wirkung hat, daß bei Erledigung der eigentlich finanzwirtschaftlichen Aufgaben der wirtschaftliche Gesichtspunkt, wie er durch den Einblick in die Gesamtwirtschaft gewonnen wird, stärkere Berücksichtigung findet.

Das Steuersystem, das wir heute haben, wird einer Reform bedürfen — wir sind in dieser Beziehung noch lange nicht am Ende — und zwar mit dem Ziele einer wesentlichen Vereinfachung. Weniger Steuergesetze werden notwendig sein: Nach meiner persönlichen Meinung müssen die Objektsteuern verschwinden, und außerdem bin ich der Auffassung, das beste Grund- und Gewerbesteuergesetz wäre dasjenige, das aus einem einzigen Paragraphen besteht, welcher folgendermaßen lautet: „Die Grund- und Gewerbesteuer wird in Form von Zuschlägen zur Vermögenssteuer und, wo man den Ertrag besteuert, zur Einkommensteuer erhoben". Auf diese Weise werden wir zu einer geringeren Zahl von Steuergesetzen und dabei zu einfacheren Steuergesetzen — und damit auch zu gesünderen Verhältnissen auf diesem Gebiete gelangen. Das dürfte bei den kommenden Verhandlungen über den Finanzausgleich zwischen dem Reich und den Ländern zu beachten sein.

Welches Gesamtbild bietet nun die finanzielle Lage des badischen Staates?

Die Finanzkurve ist noch aufsteigend. Die Ursachen hierfür sind einmal darin gegeben, daß wir heute in einer Wirt-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Mattes [D. Vp.])

schaftskrisis leben und daß infolgedessen der Staat mithelfen muß, diese Wirtschaftskrisis zu überwinden, daß er genötigt ist, neue Aufgaben zu übernehmen. Die zweite Ursache liegt darin, daß wir in den letzten Jahren viele Aufgaben nicht erfüllen konnten, die wir jetzt nachholen müssen und daß deshalb erhebliche Beträge notwendig sind: so zum Beispiel auf dem Gebiete des Wohnungsbaues, aber auch auf dem persönlichen Gebiete. Mit Rücksicht darauf sind heute noch in dem uns vorliegenden Staatsvoranschlag manche Posten enthalten, die in einem späteren Staatsvoranschlag nicht mehr enthalten sein werden, weil wir entweder die Anforderung nicht mehr nötig haben oder weil die erforderlichen Mittel auf anderem Wege — zum Beispiel durch Anleihen — beschafft werden können. Infolgedessen werden wir vielleicht schon im Laufe dieser Budgetperiode in der Lage sein, unseren Staatsvoranschlag nochmals nachzuprüfen, sofern die wirtschaftliche Entwicklung sich bessert. Vielleicht werden also noch im Laufe dieser Budgetperiode Änderungen und Erleichterungen auf finanzwirtschaftlichem Gebiete möglich sein — je nach der Entwicklung der Wirtschaft.

Da wir aber heute mit einer Unsicherheit der Wirtschaftslage zu rechnen haben, so müssen wir auf dem Gebiete der Staatseinnahmen wie auf dem Gebiete der Staatsaufgaben mit einem gewissen Risiko rechnen — und das war der Grund, warum wir darauf verzichtet haben, aus dem Staatsvoranschlag die letzten Reserven herauszuholen, die man bei einer strengeren Kritik hätte herausholen können.

Wir werden dem Staatsvoranschlag, da wir im großen und ganzen mit seiner jetzigen Gestalt einverstanden sind, zustimmen. Die Finanzkurve, die ich als aufsteigend bezeichnet habe, wird mit diesem Voranschlag und muß mit diesem Voranschlag ihren Höhepunkt erreicht haben. Es wird die Aufgabe der kommenden Politik und Finanzpolitik sein, sie zu senken. Die Wege dafür zu ebnen, das ist die Aufgabe der Politik der nächsten Jahre (Beifall bei der Deutschen Volkspartei).

Während obiger Ausführungen hat II. Vizepräsident von Au den Vorsitz übernommen.

Abg. Dr. Glockner (D. Dem. P.):

Wenn nicht nur in mitteldeutschen Kleinstaaten, sondern auch in einem Land wie Hessen in den letzten Monaten die Frage erörtert wurde, ob unter den ungemein schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen der Verwaltungsapparat des Landes noch aufrecht erhalten werden kann oder ob nicht besser unter Verzicht auf die Eigenstaatlichkeit Anschluß an ein größeres Staatswesen gesucht werden soll, so darf eine solche Tatsache auch in anderen Ländern nicht unbeachtet bleiben. Zwar bestehen in Hessen ganz besonders schwierige Verhältnisse deshalb, weil der größte und wirtschaftlich bedeutendste Teil des Landes besetztes Gebiet ist. Immerhin aber ist die Tatsache, daß man in Hessen an die Aufgabe der staatlichen Selbständigkeit ernstlich gedacht hat, sehr beachtlich und sie muß für Regierung und Volksvertretung der übrigen deutschen Mittelstaaten Veranlassung zu einer besonders sorgsamen Finanzwirtschaft sein, damit nicht auch sie eines Tages vor unangenehme Überraschungen geführt werden.

Wir würden es lebhaft bedauern, wenn an sich lebensfähige deutsche Länder wegen finanzieller Schwierigkeiten als selbständige Gliedstaaten des Reichs verschwinden würden. Denn so sehr wir an der unbedingten Treue zum Reich — die von jeher beste badische Tradition war — festhalten, so wenig können wir uns mit einer überstürzten Entwicklung zum unitarischen Staat, der alles uniformiert und zentralisiert, einverstanden erklären. Wir meinen, daß die Weimarer Verfassung auch in der Abgrenzung der Kompetenzen von Reich und Ländern den Erfordernissen der neuen Zeit durchaus gerecht geworden ist und möchten an dieser Regelung auch festgehalten wissen.

Von diesem Standpunkt aus müssen wir selbstverständlich alle Bestrebungen, die Weimarer Verfassung in partikularistischem Sinn rückwärts zu revidieren, entschieden ablehnen. Wir müssen aber auch alles tun, um die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes und seine ruhige organische Weiterentwicklung zu ermöglichen.

Was die Lage der badischen Staatsfinanzen angeht, so braucht sie nicht Ursache zu sein zu einer übereilten und daher ungesunden Entwicklung in der Richtung eines unitaristischen Reichs; und wir verzeichnen das mit Genugtuung. Wir erkennen gerne an, daß in unserem Land eine im ganzen zweckmäßige Finanzpolitik getrieben worden ist, so daß die Finanzlage zu irgendwelchen ernsten Besorgnissen keinen Anlaß gibt. Selbstverständlich kann die Lage der Staatsfinanzen nach einem verlorenen Krieg, der uns ungeheuere Opfer auferlegt hat, und in der Zeit einer niedergehenden Wirtschaftskonjunktur nicht glänzend sein, und selbstverständlich muß gerade in diesen Zeiten mit der allergrößten Sparsamkeit gewirtschaftet werden.

Wir bedauern daher auf das lebhafteste, daß es nicht möglich gewesen ist, alle berechtigten Wünsche der Beamten nach Besserstellung zu erfüllen. Wenn wir daran denken, daß in den unteren Gehaltsgruppen einzelne Kategorien von Staatsbeamten tatsächlich schlechter gestellt sind als vor dem Krieg, so müssen wir wünschen, daß hier so bald als möglich Abhilfe geschaffen wird (Sehr richtig! bei den Demokraten). Diese Beamtengruppen, die sich tatsächlich in einer schweren und drückenden wirtschaftlichen Notlage befinden und trotzdem getreulich ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, haben ganz besonderen Dank und die ganz besondere Anerkennung der Volksvertretung verdient. Ich möchte Dank und Anerkennung aber auch allen anderen Beamten und Staatsbediensteten aussprechen für die Arbeit, die sie im Dienst des Staatsganzen geleistet haben.

Der Staat muß das allergrößte Interesse daran haben, die Wirtschaft in ihrem Bestreben, ihr altes hohes Niveau wieder zu gewinnen, zu unterstützen und zu fördern. Schon bei der Bedeutung des Gebäudesondersteuergesetzes und des Grund- und Gewerbesteuergesetzes habe ich der ernsten Befürchtung Ausdruck gegeben — und ich möchte das heute wiederholen —, daß durch ein Überspannen des Steuerdrucks in Baden wirtschaftliche Betriebe zu einer Abwanderung aus unserem Lande veranlaßt werden. Ich hoffe, daß der Herr Finanzminister der großen Gefahren, die unserer badischen Wirtschaft hier drohen, sich bewußt ist, und daß er in diesen Dingen nicht rein fiskalisch, sondern volkswirtschaftlich denkt. Ich hoffe auch, daß die Klagen, die seitens unserer badischen Wirtschaft so laut und eindringlich erhoben worden sind, als wir vor einiger Zeit den Besuch des Herrn Reichsverkehrsministers in der Landeshauptstadt und in Mannheim hatten, auch bei den zuständigen Reichsstellen ein offenes Ohr gefunden haben.

Es scheint mir eine der wichtigsten Aufgaben des neuen badischen Gesandten in Berlin zu sein, daß er zusammen mit der dortigen wirtschaftlichen Vertretung die Aufmerksamkeit der in Frage kommenden Reichsstellen immer und immer

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. **Glockner** [D. Dem. P.])

wieder auf die ganz besonders schwierig gelagerten wirtschaftlichen Verhältnisse Badens lenkt. Man kann die Verhältnisse in den Rheinhäfen von Mannheim, Karlsruhe und Kehl nicht mit demselben Maßstabe messen, wie die der deutschen Seehäfen oder der Häfen am Niederrhein, die alle unter viel günstigeren Bedingungen, unter viel günstigeren natürlichen Verhältnissen arbeiten als die Häfen und die Industrie sowie der Handel in unserem Lande. Und wenn wir, weil wir geographisch ungünstiger liegen — wofür wir nichts können — unter wirtschaftlich viel schwierigeren Verhältnissen leben und arbeiten müssen, so darf man uns dafür nicht strafen, zum Beispiel durch Vorenthaltung von Wasserumschlagstarifen und ähnlichem, sondern man muß durch besonderes Entgegenkommen versuchen, unsere von Natur aus ungünstige Situation wenigstens einigermaßen zu erleichtern. Ich möchte also hoffen, daß der neue Gesandte in Berlin hierin eine seiner wesentlichsten Aufgaben sieht.

Wenn wir von den badischen Rheinhäfen sprechen, so denken wir daran, daß Hafen und Stadt Kehl und ein großer Teil des Amtsbezirks Kehl immer noch von den Franzosen besetzt ist. Wir grüßen die badische Bevölkerung des besetzten Gebiets und möchten die Regierung bitten, alles zu tun, was sie tun kann, um deren Not zu erleichtern (Sehr gut! Beifall bei den Demokraten). Hoffentlich wird die Ankündigung, von der uns der Finanzminister im Ausschuß Mitteilung machte, daß der Kehler Rheinhafen nun in zwei Jahren — von jetzt ab — von den Franzosen geräumt sein wird, Tatsache.

Daß von den großen Mitteln, die das Reich neuerdings für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge flüssig machen will, auch ein entsprechender Betrag nach Baden kommt, erscheint uns selbstverständlich. Wir begrüßen es, daß es auf diese Weise möglich geworden ist, auch einige badische Eisenbahnbauten vorwärts zu bringen, und hoffen, daß es jetzt endlich Ernst wird mit dem längst fälligen Ausbau der Murgtalbahn, dieses Schmerzenskind unter den Bahnbauten in Baden, der Bahn Titisee—Seebrugg, der Renchtalbahn und nicht zuletzt auch der Rheinbrücke in Maxau (Abg. Dr. Schofer: Und die Bahnlinie Hardtheim—Königheim?). Die scheint mir in dem Zusamemnhang minder wichtig zu sein (Abg. Dr. Schofer: So, so!). Ich kenne die Gegend nicht so genau. Wir dürfen aber auch der Erwartung Ausdruck geben, daß damit das Eingehen der zuständigen Reichsstellen und der Reichsbahn auf badische Wünsche noch nicht zu Ende ist. Es bleibt auf diesem Gebiete auch dann noch reichlich viel zu tun und unter den Aufgaben, die gelöst werden müssen, sind Fragen von ganz erheblicher Bedeutung für unser Land und seine Wirtschaft. Dazu gehört nun auch die Bahn Königheim—Hardtheim, Herr Kollege Dr. Schofer. Ich erinnere aber in erster Reihe hier an die Elektrifizierung der badischen Bahnstrecken, an die Frage der Bahnhofsbauten in Mannheim, Heidelberg und Freiburg und der zweiten Rheinbrücke in Mannheim, und man könnte noch eine Reihe von derartigen wichtigen Dingen aufzählen (Zuruf: Elztal!).

Die immer noch außerordentlich ungünstige Lage unserer Industrie kommt in der hohen Erwerbslosenziffer zum Ausdruck. Es ist eine selbstverständliche Pflicht der Allgemeinheit, die schwere soziale Not, die diese starke Erwerbslosigkeit im Gefolge hat, nach Kräften zu lindern. Die wirtschaftliche Not unserer Zeit lastet besonders schwer auch auf den Privatangestellten, und wir begrüßen es, daß durch ein Reichsgesetz für ältere Angestellte wenigstens in der Frage der Kündigung Verbesserungen geschaffen worden sind. Wir appelieren aber auch an das soziale Gewissen der Arbeitgeber, von denen wir hoffen, daß sie auch ihrerseits bereit sind, alles zu tun, um dieser schweren Notlage abzuhelfen. Es darf aber nicht verkannt werden, daß das Erwerbslosenproblem durch Gewährung von Unterstützungen allein nicht gelöst werden kann. Die produktive Erwerbslosenfürsorge muß weiter ausgestaltet werden. Der Anfang dazu ist ja durch die erwähnten Maßnahmen des Reiches und ähnliche Maßnahmen des Landes gemacht. Aber schließlich kommt alles darauf an, ob es gelingt, unsere Wirtschaft wieder aufzubauen und ihr die Stellung in der Welt wieder zu geben, die sie einst besaß. Hier greifen die Fragen unseres verhältnismäßig kleinen Landes Baden und seiner Wirtschaft hinüber in die großen politischen und wirtschaftlichen Probleme unseres Reiches und in die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Zusammenhänge. Wir können diese Fragen von hier aus ganz gewiß nicht lösen; aber die Regierung unseres Landes muß sie ständig im Auge behalten und muß dafür sorgen, daß alles, was an ihr liegt, geschieht, um die badische Wirtschaft in all ihren Teilen zu unterstützen und zu fördern.

Ich darf in diesem Zusammenhange kurz auf die wirtschaftlichen Unternehmungen eingehen, die ganz oder teilweise im Besitze des Staates sind, aber in privatwirtschaftlicher Form betrieben werden, vor allem auf das Badenwerk und das Kaliwerk Buggingen.

Der Grundsatz, der im Jahre 1912 bei der Gründung des Murgwerks — aus dem das Badenwerk hervorgegangen ist — maßgebend war, nämlich die reichen Naturkräfte unseres Landes in den Besitz des Staates zu bringen und nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen auszunützen, findet auch heute noch unsere Billigung. Wenn sich die Leitung des Badenwerks diesen Grundsatz stets vor Augen hält, dann wird dieses Werk wie in der Vergangenheit, so auch künftig Gutes zum Wohle unserer Wirtschaft zu leisten imstande sein. Daß alle Erweiterungsprojekte auf ihre Wirtschaftlichkeit streng geprüft werden müssen, und daß nicht etwa die jetzigen Stromabnehmer dadurch ungebührlich belastet werden, daß man in den Strompreis die Kosten für Erweiterungsprojekte einkalkuliert, halten wir für selbstverständlich. Wir haben den richtigen Weg der Finanzierung derartiger Erweiterungsbauten in der Form einer Anleihe bereits beschritten und müssen und werden ihn weiter gehen; denn wenn es richtig ist, was uns von sachverständiger Seite wiederholt gesagt wurde, daß Wasserkraftanlagen Werte von unbeschränkter Dauer sind, dann ist es gerechtfertigt, auch diejenigen, die nach uns kommen, an der Finanzierung dieser Werke zu beteiligen. Daß aus den wirtschaftlichen Unternehmungen des Landes — ohne das Kaliwerk — im Budget der Amortisationskasse 2,2 Millionen in Einnahme gestellt werden konnten, verdient Anerkennung, und ich darf auch hier dem Finanzminister und seinen Mitarbeitern für die hier geleistete erfolgreiche Arbeit unseren Dank aussprechen.

Ganz besonders schwer hat die badische Landwirtschaft, die ja zum größten Teil Kleinbetrieb ist, heutigentags zu kämpfen. Was von Staats wegen getan werden kann, um ihr zu helfen, muß getan werden und findet unsere Unterstützung.

Für dringend notwendig würden wir auch eine nachhaltige Förderung des Fremdenverkehrs in Baden halten. Auf diesem Gebiete könnten für die badische Wirtschaft noch sehr große Werte gewonnen werden. Wie kaum ein anderes Land ist unser badisches Land reich an großen und einzigartigen Naturschönheiten. Die Regierung müßte alles tun, müßte mit den Verkehrsvereinen und der Hotelindustrie zusammenwir-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Glockner [D. Dem. P.])

ken, um den Fremdenstrom weit mehr als das heute der Fall ist, in unser schönes badisches Heimatland zu lenken. Auf der letzten Generalversammlung des Hotelierverbandes wurde von einem Teilnehmer an einem internationalen Hotelierkongreß in Paris erzählt, wie mustergültig die französischen Behörden mit der Hotelindustrie zusammenarbeiten, um den großen Fremdenzufluß, der von Amerika sich nach Europa ergießt, in ihr Land, nach Frankreich, zu lc Wenn die badische Regierung auch diesen Dingen ihre erl. Aufmerksamkeit schenkt und wenn sie dafür sorgt, daß überall, wo das möglich ist, die Aufmerksamkeit auch des internationalen Publikums auf Baden und seine Naturschönheiten gelenkt wird, tut sie sehr viel zur Belebung unserer einheimischen Wirtschaft, nicht nur der Hotelindustrie, auch des ganzen übrigen Gewerbes und der Landwirtschaft, denn das Hotelgewerbe ist ähnlich wie das Baugewerbe, ein Schlüsselgewerbe.

In das Kapitel Verkehr gehört die Frage der Unterhaltung unserer Landstraßen, die sich in einem keineswegs mehr mustergültigen Zustand befinden, vielmehr in einem weit schlechteren Zustand als in unseren Nachbarländern Württemberg und Hessen. Wir hoffen, daß die Absicht, hier Wandel zu schaffen, baldmöglichst verwirklicht wird, und stimmen deswegen der von der Regierung in Aussicht genommenen Abkürzung der Frist für die Ausführung ihres Landstraßen-Bauprogramms von 10 Jahren auf 5 Jahre zu. Wenn die hierfür nötigen Summen in Höhe von nunmehr 47 Millionen M. auf Anleihe übernommen werden, so entspricht das Gedanken, die wir früher schon vertreten haben. Wir sehen die Herstellung der Landstraßen als eine der dringlichsten Aufgaben an, die gleichzeitig Arbeit im Sinne der produktiven Erwerbslosenfürsorge bringen wird. Auch daß bezüglich der Benützung der domänenärarischen Forststraßen Klagen vermieden werden müssen, wie sie im Jahre 1925 infolge Sperrung der Forststraße Allerheiligen—Ruhestein mitten in der Saison zu erheben waren, darf bei diesem Anlaß betont werden.

Mit Befriedigung können wir die entgegenkommende Haltung der Regierung zu dem Projekt der Automobilstraßen Mannheim—Heidelberg feststellen.

Die innere Verwaltung unseres Landes ist gut. Ein besonderes Wort der Anerkennung gebührt den Polizeibeamten, die ihre immer umfangreicher werdenden Aufgaben mit Umsicht und Takt erfüllen. Wir haben den lebhaften Wunsch, daß es bald gelingen möge, den aus diesen Kreisen an die Volksvertretung herangebrachten Wünschen Erfüllung zu bringen. Mit Genugtuung haben wir begrüßt, daß es gelungen ist, anläßlich der großen internationalen polizeitechnischen Ausstellung, die im letzten Jahre hier stattfand, eine ganze Reihe von leitenden Polizeibeamten außerdeutscher Länder hierher nach Karlsruhe zu bringen und deren Aufmerksamkeit dadurch auf unser badisches Land und seine Polizeiverwaltung zu lenken.

Wir anerkennen die Förderung, die der Wohnungsbau erhält, weil wir der Meinung sind, daß diese Frage ganz besonderer Pflege bedarf. Die Frage, ob der Wohnungsbau nicht dadurch noch stärker gefördert werden kann, daß Anleihen zu diesem Zweck aufgenommen werden, die aus dem Erträgnis der Gebäudesondersteuer verzinst und getilgt werden, verdient ernsteste Prüfung, die im Haushaltsausschuß seitens des Herrn Finanzministers in Aussicht gestellt wurde. Wer den Wohnungsbau fördert, lindert nicht nur die Wohnungsnot, sondern belebt das Baugewerbe und dadurch mittelbar das ganze übrige Wirtschaftsleben.

Im übrigen erhoffen wir von einer Besserung der Wirtschaftslage auch eine Verschärfung des Verantwortlichkeitsgefühls des einzelnen. Nur dann besteht Anspruch auf Fürsorge seitens der Allgemeinheit, wenn alle Versuche des einzelnen, sich selbst zu helfen, erfolglos geblieben sind. Krieg und Nachkriegszeit haben in dieser Beziehung eine etwas leichte Auffassung Platz greifen lassen, von der wir hoffen, daß sie so bald wie möglich verschwindet.

Noch einen Punkt aus dem Gebiete des Ministeriums des Innern möchte ich erwähnen, das ist die Frage des Finanzausgleichs zwischen dem Land und den Gemeinden, eine Frage, die freilich zunächst vom Finanzministerium zu behandeln ist, woraus es sich wohl erklärt, daß hier das Land gegenüber den Gemeinden etwas zu sehr in den Vordergrund gestellt wurde. Wir haben das ja erst in den letzten Wochen bei Beratung des Gebäudesondersteuergesetzes festzustellen gehabt, wie es ja auch bei der Änderung des Steuerverteilungsgesetzes durch das Gesetz vom 7. August 1925 von den Gemeinden beklagt wurde. Ein neues Finanzausgleichgesetz zwischen Reich und Ländern steht für den nächsten Winter bevor. Möchte es dem Ministerium des Innern gelingen, bei der sich daran anschließenden Regelung des Finanzausgleichs zwischen Land und Gemeinden die Interessen der Letzteren mit mehr Erfolg zu vertreten, als es im Jahre 1925 der Fall war.

Den Ausführungen des Herrn Kollegen Duffner von gestern abend über die Flaggenfrage können wir nur zustimmen. Gegenüber Wahrnehmungen, die in letzter Zeit gemacht werden mußten, könnte doch wohl auf die Gemeinden dahin eingewirkt werden, daß, wenn Gebäude, die im Eigentum der Gemeinden stehen, oder die Gemeindestraßen von den Gemeinden beflaggt werden, jedenfalls auch die Reichsfarben schwarz-rot-gold und nicht nur die Landesfarben und die Gemeindefarben vertreten sein müssen, selbst wenn die Körperschaften, zu deren Ehren diese Beflaggung erfolgt, darauf keinen Wert legen sollten (Sehr richtig! bei den Demokraten). Wir bekommen keine Gänsehaut über die Farben schwarz-weiß-rot, wie der Herr Kollege Dr. Mattes vorhin gemeint hat, aber wir bedauern, wenn diese Farben zur Demonstration gegen den heutigen Staat benutzt werden.

Wir freuen uns, daß wir der Justizverwaltung und der gesamten Rechtspflege Anerkennung zollen können. Trotzdem der Arbeitskreis der Gerichte im allgemeinen durch überaus große Zunahme der Zivil- und Strafsachen und durch die Angliederung der Mieterschutz- und Aufwertungsabteilungen an die Amtsgerichte gewaltig gewachsen ist, ist es durch die Pflichttreue aller Organe der Justiz möglich geworden, dieses große Pensum zu bewältigen. Wir begrüßen es, daß es gelungen ist, im Voranschlage des Justizministeriums den 58 richterlichen Beamten die Möglichkeit des Aufstiegs von Gruppe X nach XI zu verschaffen, denn es liegt hier eine ganz besondere Notlage vor.

Auf weitere Einzelheiten bezüglich dieses Ressorts wird bei Beratung des Justizbudgets von unserer Seite eingegangen werden. Ebenso behalten wir uns nähere Ausführungen zu dem weit verzweigten Gebiete des Unterrichtswesens für später vor. Das gleiche gilt für die Anregungen des Herrn Kollegen Rückert, auf die bei dem Budget des Landtags von einem meiner Freunde eingegangen werden wird, wegen einer anderen Verteilung des Arbeitsstoffes auf die verschiedenen Ausschüsse.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. **Glockner** [D. Dem. P.])

Die derzeitige Verwaltung des Unterrichtsministeriums durch den Herrn Minister des Innern halten wir, so sehr wir seine Arbeitskraft und seine Leistungsfähigkeit schätzen und anerkennen, auf längere Zeit doch nicht für durchführbar.

Der Aufwand für das Unterrichtswesen in allen seinen Abteilungen erfordert besonders hohe Summen. Wir wollen sie gerne bewilligen, weil wir wissen, daß dieses Kapital gut angelegt ist. Ich darf aber nicht verfehlen, bei diesem Anlaß erneut unsere uneingeschränkte Sympathie für den Gedanken der Simultanschule zum Ausdruck zu bringen, die in diesem Jahre ihren 50. Geburtstag feiern darf. Wir sind stolz auf dieses Erbe einer großen Zeit, das mit Veranlassung war, dem Lande Baden den Namen eines liberalen „Musterländles" zu geben. Wir wollen dieses Erbe hüten und bewahren. Wir wollen ebenso festhalten an der staatlichen Schulhoheit und wollen hoffen, daß die schweren Befürchtungen, die wir bei der Lehrerbildungsvorlage hinsichtlich der Erhaltung des simultanen Charakters der Lehrerbildungsanstalten und hinsichtlich der Aufrechterhaltung der staatlichen Schulhoheit geltend machen mußten, nicht zur Wirklichkeit werden.

Mit besonderem Stolz darf Baden auf seine drei blühenden Hochschulen in Heidelberg, Freiburg und Karlsruhe blicken. Groß sind die Opfer, die dafür gebracht werden müssen. Sie werden von uns gerne gebracht. Wir tun es in der Hoffnung, daß auch die Hochschullehrer und die Studentenschaft sich immer mehr auf den Boden der neuen Zeit und ihrer Erfordernis stellen (Sehr gut! bei den Demokraten) und daß sie mit uns daran arbeiten, unsere badische Heimat und unser deutsches Vaterland von diesem Boden aus wieder vorwärts und aufwärts zu bringen. Gerade auf Deutschlands hohen Schulen sollte man Verständnis haben für die Ideale, die mit der großdeutschen Einheits- und Freiheitsfahne schwarz-rot-gold, von der ich vorhin gesprochen habe, verknüpft sind.

Damit komme ich zum Schluß auf das politische Gebiet (Heiterkeit). Die deutsche demokratische Partei ist an der derzeitigen Regierung nicht beteiligt (Zuruf: Stimmt!). Sie steht zu ihr in sachlicher Opposition. Auf die Gründe, die zu diesem Zustand führen, einzugehen, kann ich mir heute versagen, ich brauche nur auf meine Ausführungen vom 1. Dezember v. J. zu verweisen.

Gegenüber den Ausführungen des Herrn Kollegen Duffner von gestern muß ich aber doch feststellen, daß es nicht unsere Schuld war, wenn im November v. J. weder die große Koalition, noch die Weimarer Koalition zustande kam.

Der Herr Kollege irrt weiter auch darin, daß wir aus Opportunismus uns der Teilnahme an der Regierung versagt hätten, weil Steuergesetze einen odiösen Beigeschmack hätten. Wir haben dem Gesetz über die Erhebung eines außerordentlichen Steuerzuschlages vom 29. 7. 1919 — nach Überwindung schwerster Bedenken — ebenso zugestimmt wie dem Grund- und Gewerbesteuergesetz vom 24. August 1921 und den 8 Änderungen, die es seither erfahren hat (Zuruf: Damals waren Sie noch in der Regierung!), dem Wohnungsabgabegesetz vom Jahre 1921 ebenso wie dem Gebäudesondersteuergesetz vom Jahre 1924 und 1925 (Abg. Dr. Schofer: Damals hat es Mühe genug gekostet!). Wo die Mühe mehr angewendet wurde, Herr Kollege Dr. Schofer, bei Ihren Herren oder bei uns, möchte ich nicht untersuchen (Heiterkeit), da beziehe ich mich auf Ihre jetzigen Freunde in der Regierung, die werden etwas darüber sagen können.

Wir vermögen auch nicht einzusehen, inwiefern, wie Herr Kollege Duffner meinte, sich die Verantwortung für uns im November 1925 gegen früher gesteigert haben soll (Zuruf: Durch die Steuergesetzgebung!). Ach, Steuergesetze stehen ja immer in Aussicht. Wir haben jetzt das Grund- und Gewerbesteuergesetz für ein Jahr gemacht. An Steuergesetzen werden wir auch in den nächsten Jahren keinen Mangel haben. Es wäre ja sehr gut, wenn wir da einmal auf einen Boden kämen, wo wir nicht in jeder Sitzungsperiode ein Steuergesetz abändern müßten, aber ich wage das nicht zu hoffen (Finanzminister Dr. Köhler: Wir werden uns bemühen!).

Der Herr Kollege Rückert hat heute früh einige Liebenswürdigkeiten an unsere Adresse gerichtet. Er hat gemeint, wir hätten eine andere Aufgabe, als hinter dem Wagen der Deutschen Volkspartei herzugehen (Abg. Dr. Schofer: Das hat er ganz gut gesagt!). Nun möchte ich fragen, wo das geschehen ist? Etwa bei dem Lehrerbildungsgesetz? Ich glaube nicht, daß er das gemeint haben könnte. Ich möchte ihn aber mit seinen eigenen Worten schlagen: Er hat in einem späteren Stadium seiner Rede sich selbst dagegen gewendet, daß seine Partei dem Zentrum nachlaufe. Dasselbe müßte er auch für uns gelten lassen. Er muß es gelten lassen, daß wir allein wissen, was wir zu tun haben, und eine Belehrung auch einer innerlich uns nahestehenden Partei nicht brauchen.

Der Herr Kollege Rückert hat mich an den Paragraphen 1 unserer Verfassung erinnert, wo es heißt: Baden ist eine demokratische Republik. Herr Kollege, ich erinnere mich noch sehr genau an den Augenblick, wo wir drüben im Lesezimmer diesen Paragraphen beraten haben, und wo Ihr Führer und Sprecher, der damalige Abg. Dr. Dietz, gesagt hat: Nun ja, ich stimme dem zu, denn wenn wir vorschlagen würden „Baden ist eine „sozialistische" oder eine „sozialdemokratische" Republik, so würden Sie dem nicht zustimmen." Wir haben das nicht vergessen und wir wissen, was wir davon zu halten haben (Abg. Rückert: Das meinte ich nicht!).

Und wenn der Herr Kollege Duffner uns die Agitation in der Presse vorhält, so vermute ich, daß er keinen vollständigen Überblick über die Agitation in der Zentrumspresse hat (Heiterkeit). Ich darf ihn an ein Wort erinnern, das sein Fraktionschef gelegentlich hier einmal gebraucht hat: „Es wird herüber- und hinübergeschossen, und manchmal ist es auch ein Fehlschuß" (Zuruf). Deshalb brauchen Sie das nicht tragisch zu nehmen (Abg. Dr. Schofer: Ich habe immer gerne mildernde Umstände angenommen!). Wenn die Zentrumspresse glaubt, daß wir eine große Sehnsucht hätten, wieder reumütig in die Regierung zurückzukehren, so irrt sie. Diese Sehnsucht ist bei uns nicht vorhanden, wenn wir auch der Auffassung sind, daß ein Staat, wie der unsrige, auf die Dauer der verantwortlichen Mitarbeit von Parteien, hinter denen das freiheitlich gesinnte Bürgertum steht, nicht entraten kann.

Wie die Dinge heute liegen, müssen wir die Interessen dieser für das Staatsleben bedeutungsvollen Schichten der Bevölkerung in der Opposition zu vertreten suchen (Abg. Dr. Schofer: Freiheitlich sind wir auch!). Wir tun das in vollem Bewußtsein der Verantwortung, die dabei auf uns lastet. Wir treiben Opposition nicht um der Opposition willen, sondern wir suchen auch dort positiv mitzuarbeiten, wo wir schließlich zum Schluß zu einem ablehnenden Votum kommen mußten. Das war beispielsweise der Fall bei der Lehrerbildungsvorlage, bei der Gebäudesondersteuer und bei der Grund- und Gewerbesteuer. Als Vertreter des freiheitlich denkenden Teil unseres Volkes, der nicht konfessionell und nicht klassen-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. **Glockner** [D. Dem. P.])

mäßig gebunden sein will, haben wir auch an dem vorliegenden Staatsvoranschlag im Sinne unserer Auffassungen und Forderungen mitgearbeitet. Und wenn der Staatsvoranschlag in der vom Haushaltsausschuß beschlossenen Fassung hier zur Annahme gelangt, würden wir auch in der Lage sein, einem Finanzgesetz mit dem Inhalt, der im Haushaltsausschuß vorläufig besprochen wurde, unsere Zustimmung zu erteilen (Beifall).

Auf Vorschlag des Präsidenten wird hier abgebrochen und die nächste Sitzung auf heute nachmittag 3½ Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der jetzigen Tagesordnung, anberaumt.

Das Haus ist damit einverstanden.

Schluß der Sitzung gegen 1 Uhr.

Berichtigung.

Im Amtlichen Bericht der 49. Sitzung vom 7. 7. 26 ist in der Rede des Abg. Hofheinz S. 2454 in der 27. Zeile von unten das Wort „nicht" zu streichen. Ferner S. 2456 in der 16. Zeile von unten muß es statt „Feststellung" „Freistellung" heißen.

Inhaltsverzeichnis.

	Spalte
Anzeige neuer Eingänge	2573
Zur Geschäftsordnung	
Abg. Dr. Schofer	2574
Präsident Dr. Baumgartner	2574
Beratung des Staatsvoranschlags für die Rechnungsjahre 1926 und 27 Hauptabteilung II, Staatsministerium	
Allgemeine Beratung	
Abg. Rückert	2575
„ Dr. Mattes	2588
„ Dr. Glockner	2599

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen: B. Finner, Karlsruhe.
Druck der Karlsruher Zeitung.